

BASELBIETER FREISINN

Gemeinsam weiterkommen.

Fokus
Klima und
Umwelt

Von Tür zu Tür, von Mensch zu Mensch

Das Wahlkampfjahr 2019 hat begonnen, die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren. Das Ziel ist klar: Wir wollen die SP überholen. Dafür werden viele motivierte und einsatzbereite Freisinnige am Haustürwahlkampf des teamFDP teilnehmen.

Seite 10



Nachhaltigkeit 2.0

In der Zukunftsvision für die Schweiz bekennt sich FDP.Die Liberalen klar zum nachhaltigen Umgang mit der Umwelt und den natürlichen Ressourcen: Wir wollen weg von einer starren Verbotspolitik, hin zu einer umsichtigen und nachhaltigen Energie- und Klimapolitik. Dafür braucht es innovative, umsetzbare Lösungen für Wirtschaft und Gesellschaft. Wir zeigen Ihnen, wie das Klima und die Umwelt mit liberalen Instrumenten und ohne Verbote wirksam geschützt werden.

Seite 11 bis 15

Delegiertenversammlung Biel

Die Delegierten der FDP haben am 12. Januar ihren alt Bundesrat Johann Schneider-Ammann würdig verabschiedet und die neue Bundesrätin Karin Keller-Sutter herzlich willkommen geheissen. Ausserdem sagen sie Ja zur AHV-Steuvorlage und zur Waffenrichtlinie.

Seite 18 und 19

Geschätzte Freisinnige

Editorial

Sie wissen es alle: 2019 ist ein Wahljahr, bei uns im Baselbiet und in den Kantonen Appenzell Auser rhoden, Zürich und Luzern sowie auf eidgenössischer Ebene. Eines ist gewiss: Der Ausgang unserer Landrats- und Regierungsratswahlen wird für die ganze Schweiz richtungsweisend sein. Für die National- und Ständeratswahlen am 20. Oktober 2019. Für unsere Nationalrätin Daniela Schneeberger, die unseren Nationalratssitz verteidigen und den einzigen Sitz im Stöckli zur FDP holen will. Für das Baselbiet, das weiterhin bürgerlich ticken soll. Für den Regierungsrat, dessen Wirken sich nur mit einer starken FDP-Landratsfraktion und einer soliden bürgerlichen Mehrheit im Landrat richtig entfalten kann.

Seit meinem Amtsantritt am 1. Juli 2015 habe ich in der mir anvertrauten Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion viel bewegt und viel erreicht. Nach turbulenten Jahren im Bereich Bildung haben wir unter Einbezug aller Akteure einen bildungspolitischen Weg eingeschlagen, der von der Bevölkerung, der Politik und den Lehrpersonen mehrheitlich mitgetragen wird. So wurde zum Beispiel der Berg von hängigen Bildungsinitiativen kontinuierlich abgebaut und der Lehrplan Volksschule Basel in den Sekundarschulen im August 2018 erfolgreich eingeführt. Bedarfsgerechte Brückenangebote, die individuell auf die Jugendlichen zugeschnitten sind und einen direkteren Einstieg in die Berufslehre fördern sollen, sowie die Zusammenarbeit unserer Berufsfachschulen sind erste



Regierungspräsidentin Monica Gschwind

Massnahmen zur Stärkung der Berufsbildung. Wegweisende Entscheidungen sind auch in Bezug auf eine starke bikantonale Universität Basel gefallen: dass zwei wichtige Fakultäten dereinst nach Münchenstein ziehen werden, war in den letzten zehn Jahren Wunschdenken. Jetzt sind die Würfel gefallen – zum Wohle unserer Universität. Auch im Bereich der Kulturförderung setzten wir mit dem

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

- 3–9 Baselbieter Freisinn
- 10 Wahlen 2019/Door2Door
- 11 CO₂-Gesetz –
Lösung statt Empörung!
- 12 Klimapolitik 2.0 als Chance
- 13 Elektromobilität/
Emissionsreduktion
- 14 Gebäudesanierung/
Abfallwirtschaft
- 15 Nachhaltigkeit
in Grossunternehmen
- 16 FDP Service Public
- 17 FDP International
- 18/19 Delegiertenversammlung Biel
- 20 Mentoringprogramm der FDP
- 21 AHV-Steuervorlage/
Waffenrichtlinie
- 22 Nein zur
Zersiedelungs-Initiative
- 23 Agenda und Parolenspiegel

Kantonaleil:

Redaktion Baselbieter Freisinn
FDP Baselland | Postfach 420 | 4410 Liestal
T: 061 927 87 17 | F: 061 921 96 51
E: info@fdp-bl.ch | www.fdp-bl.ch

Layout:

LZ Print | E: kontakt@lzprint.ch

Druck:

NZZ Media Services AG
T: 071 272 72 06 | E: print@nzz.ch



Liebe Freisinnige

Es macht mir grosse Freude, auf das Jahr 2018 zurückzublicken. Wir sind nämlich seit 2018 die Partei mit den meisten gewählten Personen in den Kantons- und Regierungsräten. Und mit Karin Keller-Sutter haben wir eine Bundesrätin mit einem enormen politischen Leistungsausweis. Liebe Karin, ich danke Dir von ganzem Herzen, dass Du Dich in den Dienst von allen Menschen in der Schweiz stellst, damit wir als Land und Gesellschaft gemeinsam weiterkommen. Ich wünsche Dir für Deine Zukunft als Bundesrätin alles Gute, viel Kraft und vor allem viel Freude. Wir sind stolz darauf, dass Du unsere freisinnigen Werte im Bundesrat vertrittst!

Ich danke an dieser Stelle auch unserem alt Bundesrat Johann Schneider-Ammann noch einmal ganz herzlich für sein unermüdliches und langjähriges Engagement für die Schweiz. Lieber Hannes, ich wünsche Dir alles, alles Gute für die Zukunft!

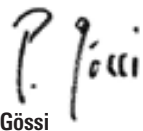
Treten Sie dem Team FDP bei!

Doch nicht nur der Rückblick macht Freude, sondern auch der Ausblick. Denn nach zwei Jahren intensiver Vorbereitung ist es endlich da, das Wahljahr 2019. Unser Ziel für die Wahlen ist klar: Wir wollen gewinnen und die SP überholen. Damit wir das erreichen, gehen wir von Tür zu Tür und sprechen mit den Menschen darüber, was sie beschäftigt. Dazu haben wir das Team FDP gegründet. Helfen auch Sie mit, kommen Sie mit uns auf die Strasse – melden Sie sich gleich an.

Klimapolitik im Fokus

Auch in der Klimapolitik müssen wir endlich gemeinsam weiterkommen. Insbesondere nachdem das CO₂-Gesetz von einer unheiligen Allianz der Linken und der SVP versenkt worden ist. Das Beispiel zeigt wieder einmal deutlich, dass es den Linken und der SVP wichtiger ist, an ihrer ideologischen Verbots- und Blockadepolitik festzuhalten, als sich konstruktiv für die Verbesserung der bewährten Instrumente der Klimapolitik im In- und Ausland einzusetzen. Das machen wir nicht mit! Die FDP will weg von einer starren Verbotspolitik, hin zu einer umsichtigen, flexiblen und nachhaltigen Energie- und Klimapolitik, mit der die Schweiz vorwärtskommt. Dazu haben wir in unserer Zukunftsvision für die Schweiz ein klares Bekenntnis abgegeben. In diesem «Freisinn» zeigen wir Ihnen in verschiedenen Beiträgen auf, wie eine liberale, zukunftsfähige Klima- und Umweltpolitik aussehen soll. Ich wünsche Ihnen viel Spass bei der Lektüre!

Liberale Grüsse


Petra Gössi

PS: Am 10. Februar stimmen wir über die überflüssige und unnütze Zersiedelungs-Initiative ab. Sagen Sie Nein zu dieser zentralistischen Vorlage, denn sie lässt die unterschiedlichen Bedürfnisse unserer vielfältigen Schweiz völlig ausser Acht.

Raus aus der Wohlfühlzone!

Was macht Sinn?



Saskia Schenker, Landrätin und Präsidentin a. i.

90 Mitglieder der FDP Baselland kandidieren im Jahr 2019 für den Landrat. Viele davon sind bis anhin nicht im Landrat vertreten und haben sich entschieden, diesen Schritt zu wagen. Hinstehen und sagen, dass man kandidiert, benötigt manchmal einen Ruck. Denn man wird plötzlich auf eine Art und Weise zur öffentlichen Person. Man begibt sich aus der Wohlfühlzone. Mit dem Kandidieren allei-

ne ist es ja dann auch nicht gemacht. Es ist erst der Start, um viele weitere Male aus der Wohlfühlzone herauszutreten. Zum Beispiel das stundenlange in der Kälte stehen an gemeinsamen Standaktionen und bei frühmorgendlichen Verteilaktionen an den Bahnhöfen. Vor allem den Mut zu haben, auf Passanten zuzugehen, sie anzusprechen und sich für die FDP stark zu machen. Sich für Lösungen einzusetzen, die Sinn machen.

Ganz klar aus der Wohlfühlzone hinausgewagt haben sich die FDP-Sektionen Allschwil und Sissach und Umgebung mit ihrer Zusage zum Pilotprojekt der FDP Schweiz zum Tür-zu-Tür-Wahlkampf. Vielleicht verunsicherte die Medienaufmerksamkeit gewisse Mitglieder. Wir sahen Headlines wie «Ding-Dong – Baselbieter FDP fällt mit Big Data ins Haus» und «Baselbieter FDP setzt auf Trumps Wahlkampftool». Jaja, so heiss ist die Sache dann doch nicht. Wobei ich wenig Verständnis dafür habe, dass Trump für unsere Headline erhalten musste, hat doch der Tür-zu-Tür-Wahlkampf und die Anwendung von Onlinetools in den USA eine lange Tradition und wurde in Europa unter anderem bereits in Deutschland, den Niederlanden, in Irland, Frankreich und Grossbritannien angewandt.

In den USA hatte Barack Obama damit bereits vor Jahren für Schlagzeilen gesorgt. Bei der FDP hat der Tür-zu-Tür-Wahlkampf auch Tradition, allerdings wurde er nie flächendeckend als nationales Wahlkampfinstrument eingesetzt. Nach dem grossen Hype um Online-Wahl- und Abstimmungskämpfe wollen wir unsere Wählerinnen und Wähler wieder direkt und persönlich ansprechen. Dies aber eben mit Unterstützung von IT-Tools. Dabei halten wir uns natürlich voll und ganz an das Datenschutzgesetz. Das bedeutet konkret, dass wir jedes Mal das Einverständnis eines Befragten einholen müssen, bevor wir Informationen aufnehmen. Wer der FDP seine Mailadresse zur Verfügung stellen will, muss sein Einverständnis mit Unterschrift geben.

Nach dem ersten Tür-zu-Tür-Wahlkampftag mit der Sektion Allschwil ziehen wir ein sehr positives Fazit. Ich durfte selbst erleben, dass die Leute an der Haustüre offen reagieren. Die Landratskandidatinnen und -kandidaten sind nun motiviert für ihren nächsten Aktionstag. Und auch in Sissach sind wir auf die Erfahrungen gespannt.

Es hat sich schon jetzt gelohnt. Wagen wir uns mit diesem Pilotprojekt aber auch mit den anderen tollen Ideen unserer Sektionen wie den Stammtischbesuchen und Standaktionen aus der Wohlfühlzone. Das bringt vielleicht den einen oder die andere dazu, die Wohlfühlzone auch zu verlassen und sich zu entscheiden, bei der FDP mitzumachen. Oder zumindest die Liste 1 einzuwerfen.

Kurzum, ich freue mich auf den gemeinsamen Wahlkampf ausserhalb der Wohlfühlzone und auf unseren ständigen Einsatz für Lösungen, die Sinn machen.

Saskia Schenker

Landrätin und Präsidentin a. i. FDP Baselland

Fortsetzung von Seite 1

neuen Kulturvertrag mit Basel-Stadt und den Massnahmen zur besseren Förderung unserer Baselbieter Kultur wichtige Meilensteine.

Ich freue mich, zusammen mit meinen bisherigen Kollegen, Anton Lauber (CVP) und Thomas Weber (SVP), und neu mit Thomas de Courten (SVP) im Wahlkampf zu sein. Gemeinsam wollen wir das Baselbiet auch in den kommenden vier Jahren vorwärtsbringen. Die Bilanz der letzten Jahre kann sich sehen lassen: mit Hartnäckigkeit und Beharrlichkeit haben wir Bisherigen, zusammen mit Sabine Pegoraro, unseren Finanzhaushalt saniert. Wir haben die Grundlagen für eine zukunftsfähige Gesundheitsversorgung erarbeitet und wichtige Infrastrukturprojekte wie zum Beispiel den Campus Muttenz für die Fachhochschule realisiert. Dies alles ist uns je-

doch nur dank der erfolgreichen Zusammenarbeit der bürgerlichen Landratsfraktionen gelungen. Wir alle dürfen stolz auf das Erreichte sein!

In den kommenden Jahren wollen wir vier im Regierungsrat dafür besorgt sein, dass unsere Wirtschaft weiterhin prosperiert. Denn staatliche Leistungen wie Bildung, Soziales und Gesundheit sind nur so zu finanzieren. Wir wollen eine verantwortungsvolle Ausgabenpolitik betreiben, denn diese schafft Handlungsspielräume für die Umsetzung innovativer Ideen und zukunftsgerichteter Investitionen. Wir wollen die Qualität der Ausbildung von der Volksschule bis zur Hochschule hochhalten, denn die Jugendlichen von heute sind die Fachkräfte von morgen. Wir wollen die Leistungsfähigkeit von Strasse und Schiene ausbauen und damit sowohl die Mobilität der Bevölkerung als auch unsere Standortqualität erhalten.

All jenen Kräften, die unsere Unternehmen und KMU mit hohen Steuern schwächen, die unsere Mobilität einschränken, die Einkommens- und Vermögenssteuern erhöhen wollen und für die Geschäftstüchtigkeit, Innovation, Verantwortungsbewusstsein und Risikobereitschaft Fremdwörter sind, ist eine klare Absage zu erteilen! Ich rufe Sie deshalb alle auf: Steigen Sie mit uns in den Wahlkampf. Stellen Sie sich den Diskussionen im Gespräch mit Nachbarn, mit Freunden, in der Familie oder im Verein. Jede einzelne Stimme zählt. Helfen Sie alle mit und stehen Sie damit ein für ein fortschrittliches, attraktives und lebenswertes Baselbiet!

Monica Gschwind

Regierungspräsidentin Kanton Basel-Landschaft

«Macht Sinn – Freisinn»

FDP Baselland ist startklar für die Wahlen 2019

Mit dem Neujahrsapéro auf dem hochmodernen Muttenzer Campus der Fachhochschule Nordwestschweiz ist die FDP Baselland mit Schwung ins Wahljahr gestartet. Regierungspräsidentin Monica Gschwind hat die zahlreich erschienenen Freisinnigen mit den Worten begrüsst: «Mit Hartnäckigkeit und Beharrlichkeit ist es uns gelungen, dass der Kanton wieder schwarze Zahlen schreibt.» Die ebenfalls anwesenden Regierungsräte Anton Lauber und Thomas Weber sowie Regierungsratskandidat Thomas de Courten bekräftigten ihre gemeinsamen Ziele für eine verantwortungsvolle Ausgabenpolitik und gezielte Investitionen in die Bildung, Mobilität und die Infrastruktur. Saskia Schenker, Landrätin und Präsidentin a.i. der FDP Baselland, betonte die Stärke der FDP, hartnäckig Fakten zusammenzutragen und zu hinterfragen: «Wir haben auch den Mut, scheinbare Mehrheitsmeinungen kritisch zu hinterfragen und auch einmal Nein zu sagen, wenn alle anderen Ja sagen. Wir wollen damit aber nicht einfach eine Blockade auslösen, sondern wir wollen Lösungen einbringen, die Sinn machen. Dies haben wir in der aktuellen Spital-Debatte mit der Kooperationsinitiative gezeigt. Saskia Schenker dankte dem ehemaligen Parteipräsidenten Paul Hofer für seinen grossen Einsatz und seinen Mut, wichtige Fragen aufzugreifen. Nachdem letztes Jahr die Handelskammer beider Basel den Neujahrsapéro gesponsert hat, kam die Unterstützung dieses Jahr von der Wirtschaftskam-

mer Baselland. An dieser Stelle möchten wir uns nochmals bei der Wirtschaftskammer Baselland und deren Direktor Landrat Christoph Buser für die Unterstützung bedanken.

Unter der Leitidee «macht Sinn – Freisinn» fokussiert sich die FDP in den Wahlen auf sinnvolle Lösungen in fünf Politikbereichen: für ein wettbewerbsfähiges Steuersystem, für eine starke Wirtschaft mit attraktiven Arbeitsplätzen, für eine Bildung, die mit der Digitalisierung Schritt hält, für smarte Mobilität und gegen Verhinderungspolitik sowie für eine Heimat, die nicht fremd ist. Die Landräte Stefan Degen, Thomas Eugster, Christof Hiltmann, Heinz Lerf und Marc Schinzel präsentierten konkrete Forderungen.

Nach dem offiziellen Anlass wurde es bunt: Die FDP Baselland symbolisiert mit Legosteinen das gemeinsame Ziel, die Landratswahlen 2019 gemeinsam zu meistern. Jeder Legostein bedeutet eine Aktion für die Landratswahlen, und je mehr Freisinnige mitmachen, desto grösser wird der Turm.

Die anwesenden Regierungsratskandidaten machten den ersten Schritt und beschrifteten einen Legostein. Die Regierungspräsidentin wählte einen grossen blauen Legostein und erklärt: «Ich wähle den blauen Stein, der für Social Media steht. Ich bin seit meiner Nomination als Regierungsratskandidaten im Juni 2018 auch auf Social Media, und dies ist für mich ein wichtiger Kanal, um mit der Bevölkerung im Dialog zu stehen!»



In diesem Sinne: Der Wahlkampfauftakt war ein Erfolg. Und in der Zwischenzeit freuen sich die Kinder des Kinderheims Sommerau in Gelterkinden an den Legosteinen. Auf jeden Fall sollten wir nicht vergessen: Je mehr Legos, desto grösser wird der Turm. Auf in den Wahlkampf, geschätzte Freisinnige!

Daniel Piller

Leiter Kommunikation FDP Baselland

Parolen der FDP BL für die Abstimmungen vom 10. Februar 2019:

JA zum Staatsvertrag vom 6. Februar 2018 zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft betreffend Planung, Regulation und Aufsicht in der Gesundheitsversorgung (LRV 2018-214)

NEIN zum Staatsvertrag vom 6. Februar 2018 zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft über die Universitätsspital Nordwest AG (LRV 2018-214)

NEIN zum Gesetz vom 13. September 2018 über die Beteiligung an Spitälern (SpiBG)

JA zum Gesetz vom 27. September 2018 über die Abgeltung von Planungsmehrwerten (LRV 2016-403)

2x NEIN zur Nichtformulierten Gemeindeinitiative vom 17. März 2016 über den Ausgleich der Sozialhilfekosten (Ausgleichsinitiative) mit Gegenvorschlag des Landrats vom 27. September 2018 (LRV 2017-076)

NEIN zur Volksinitiative «Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung (Zersiedelungs-Initiative)»





Topmotiviert – auch am Samstagmorgen #machtSinn.

Aus der Sektion Allschwil

Von Tür zu Tür

Kürzlich hat die FDP Allschwil Schönenbuch ihren ersten Aktionstag der Landratswahlen durchgeführt: die Aktion von Tür zu Tür, von Mensch zu Mensch, Door to Door oder kurz D2D. Bei allen Zweier-Teams war die Spannung gross, wie die Bevölkerung darauf reagieren wird. Bereits beim Mittagessen gaben alle Teams ein positives Feedback. Natürlich wurden wir Landratskandidatinnen und -kandidaten nicht an allen Türen mit offenen Armen empfangen und oft hatten die angesprochenen Bewohnerinnen und Bewohner keine Zeit für uns.

Sehr positiv überrascht hat uns die Bereitschaft der Bevölkerung, nicht nur über die von uns eingebrachten Themen zu diskutieren, sondern sich auch pointiert zu aktuellen Fragestellungen über und rund um Allschwil zu äussern.

Nach dem ersten Aktionstag ziehen wir ein positives Fazit. Die Arbeit hat Spass gemacht, und wir sind neugierig, weitere Wählerinnen und Wähler und ihre Einstellungen und Erwartungen kennen zu lernen. Am 2. Februar werden wir daher erneut mit D2D unterwegs sein.

Andreas Bärtsch

Wahlkampfleiter und Landratskandidat



Bei so schönem Wetter war der FDP-Schal nur zu Dekozwecken dabei.

Aus der Sektion Sissach

Geselliger Dreikönigs-Brunch

Mit einem geselligen Dreikönigs-Brunch haben die FDP Sissach, Gelterkinden und Waldenburg und Umgebung das Wahlkampfbuch eingeläutet. Die Landratskandidatinnen und -kandidaten der Liste 1 servierten ein feines Zmorge der Bäckerei Gunzenhauser im Saal des Hotels Sonne. In einem Interview von alt Landrat Michael Herrmann standen Nationalrätin Daniela Schneeberger und FDP-Par-

teipräsidentin und Nationalrätin Petra Gössi Rede und Antwort. Das abschliessende Spiel «Ich oder Du» entlockte den rund 60 Gästen, darunter auch Regierungspräsidentin Monica Gschwind und CVP-Regierungsrat Anton Lauber, viele Lacher.

Suzanne Imholz

Vizepräsidentin FDP Sissach und Umgebung



Wer fährt besser Ski? NR Daniela Schneeberger und NR und Parteipräsidentin Petra Gössi beim «Ich oder Du»-Spiel.

Aus der Sektion Bubendorf

Gelungener Weihnachtsmarkt 2018

Der Weihnachtsmarkt 2018 gehört seit einigen Wochen der Vergangenheit an. Es war ein toller Anlass und hat bei mildem, trockenem Wetter viele Besucher angelockt. Wie jedes Jahr konnten die Mitglieder der FDP Sektion Bubendorf der Dorfbevölkerung wieder feine, selbst gemachte Suppen und ein Glas Wein anbieten. Gefreut haben sich alle Helferinnen und Helfer der örtlichen FDP über den Besuch der drei Regierungsräte Monica Gschwind (FDP), Thomas Weber (SVP) und Anton Lauber (CVP). Ebenfalls hat unsere Nationalrätin Daniela Schneeberger (FDP) den Weg zu uns an den Stand gefunden. Der Präsident der FDP Bubendorf, Gemeinderat Matthias Mundwiler freute sich über den Besuch von Elisabeth Ruff Rudin und Daniel Reimann, beide auch für die FDP im kommunalen Einwohnerrat. Einige Landratskandidierende des Wahlkreises Liestal fanden sich ebenfalls am Stand ein und posierten gerne für ein Gruppenfoto.

Die Mitglieder der FDP Bubendorf freuen sich jedes Jahr auf den Weihnachtsmarkt und auf viele



#gemeinsamweiterkommen

interessante Gespräche. Die Amtsträger erfahren so auf direkte und unkomplizierte Art und Weise, was gut läuft oder wo der Schuh drückt.

Matthias Mundwiler

Gemeinderat, Präsident FDP Bubendorf, Landratskandidat Liestal

Abstimmung

Nein zur Ausgleichsinitiative und zum Gegenvorschlag

Am 10. Februar stimmen Sie über die Ausgleichsinitiative ab. Diese wurde von elf Gemeinden eingereicht, die überdurchschnittlich hohe Sozialhilfekosten zu tragen haben. Die Initiative verlangt, dass die stetig wachsenden Sozialhilfekosten überwiegend solidarisch getragen werden. Ziel ist, dass die Gemeinden nur noch 30 Prozent ihrer Sozialhilfekosten selbstverantwortlich finanzieren. Die restlichen 70 Prozent kommen in einen Topf, der auf alle Gemeinden gemäss ihrer Einwohnerzahl verteilt wird. Das Grundübel der steigenden Sozialhilfekosten hat viele Ursachen. Doch die Ausgleichsinitiative geht diese Ursachen nicht an. Sie will bloss die finanziellen Belastungen anders verteilen. Die Gemeinden hätten damit aber nicht mehr die gleichen Anreize, ihre Sozialhilfekosten in den Griff zu bekommen. Sie tragen ihre Kosten nur noch zu 30 Prozent selber. Durch diese Laissez-faire-Mentalität steigt das Risiko, dass sich die Kosten massiv erhöhen. Die Initiative gilt es daher klar abzulehnen.

Natürlich werden die Gemeinden sehr unterschiedlich durch die Sozialhilfe belastet. Für einige der 86 Baselbieter Gemeinden geht die Belastung so

weit, dass sie in finanzielle Schieflage geraten. Diese Problematik wird weder von den Gemeinden, noch vom Landrat bestritten. Aus diesem Grund wurden über das neue Finanzausgleichsgesetz, das seit 2016 in Kraft ist, verschiedene Ausgleichsmechanismen unter den Gemeinden umgesetzt, die diese Unterschiede glätten. Dieser Ausgleich bewährt sich seither für praktisch alle Gemeinden.

Der Landrat hat im Zuge der Behandlung der Initiative jedoch anerkannt, dass die Regelung zu den Härtebeiträgen – eine Art Soforthilfe für in finanzielle Not geratene Gemeinden – für Kommunen mit der höchsten Belastung zu restriktiv angewandt wird. Aber anstatt diese Regelung zu lockern, hat der Landrat der Initiative einen Gegenvorschlag gegenübergestellt. Dieser beinhaltet zusätzlich zum Härte- auch einen Solidaritätsbeitrag, der durch alle Gemeinden finanziert und den von der Soziallast am stärksten betroffenen Gemeinden ausbezahlt werden soll. Leider hat der Landrat bei der Festlegung dieses Beitrags mit 10 Franken pro Gemeinde pro Einwohner den Bogen endgültig überspannt. Aus diesem Grund hat sich die FDP-



Landrat Christof Hiltmann

Fraktion grossmehrheitlich auch gegen den Gegenvorschlag ausgesprochen. Bei einem doppelten Nein (Initiative und Gegenvorschlag) ist der Weg frei für eine effiziente und effektive Lockerung der Härtefallregelung.

Christof Hiltmann

Landrat und Gemeindepräsident Birsfelden

Abstimmung

Ja zum fairen Landrats-Kompromiss – Ja zum Gesetz über die Abgabe von Planungsmehrwerten!

In der Abstimmung vom 10. Februar 2019 gilt es, mit einem JA zum Gesetz über die Abgabe von Planungsmehrwerten die Ernte der politischen Arbeit von FDP und SVP in der Bau- und Planungskommission und im Landrat einzufahren. Das neue Gesetz schreibt vor, dass bei Einzonungen eine Abgabe von 20 Prozent auf den Mehrwert zu entrichten ist, welcher das Land durch die Einzonung erfährt. Damit wird die bundesgesetzliche Vorgabe umgesetzt. Mehrwertabgaben auf Um- und Aufzonungen sind gemäss dem neuen Gesetz untersagt. Es erlaubt den Gemeinden hingegen, bei Quartierplanungen und Ausnahmeüberbauungen nach einheitlichem Plan eine Infrastrukturabgabe zu erheben. Sie ermöglicht den Gemeinden, die erhöhten Aufwendungen, die durch die Quartier- oder Sonderplanung entstehen, kompensieren zu können. Damit ist das Gesetz in der Sache genau richtig umgesetzt und praxisgerecht. Die vom VBLG (Verband Baselbieter Gemeinden) pauschal geforderte Mehrwertabgabe auf Um- und Aufzonungen ist undifferenziert und würde generell die höhere Ausnutzung des Bodens verteuern. Sie widerspricht

deshalb völlig dem Sinn und Geist des Raumplanungsgesetzes, welches zu Recht eine höhere Verdichtung fördern will. Man wird den Eindruck nicht los, dass sich mancher Gemeinderat dadurch einfach eine zusätzliche Einnahmequelle erhofft. Dabei ist ihnen wahrscheinlich gar nicht bewusst, dass diese Gelder nur zweckgebunden verwendet werden dürften. In der Praxis (siehe Basel-Stadt) finden sich gar nicht genügend Verwendungszwecke. Das Geld würde gehortet, in der Hoffnung es zu einem späteren Zeitpunkt der allgemeinen Gemeindekasse zuführen zu können – de facto also einfach zusätzliche Gebühren! Zudem, durch normale Um- und Aufzonungen, entstehen den Gemeinden gar keine Mehrkosten, denn diese planerischen Tätigkeiten gehören zum Grundauftrag jeder Gemeinde und sind im ordentlichen Gemeindebudget bereits abgedeckt. Vielmehr wird der Verdichtungsprozess durch Quartierplanungen erfolgen. Deren Bearbeitung führt bei den Gemeinden auch tatsächlich zu Mehrkosten, welche sie nach dem neuen Gesetz mit einer Infrastrukturabgabe decken können. Das vorgeschlagene Gesetz ist darum



Landrat Thomas Eugster

sachlich genau richtig und praxisgerecht. Es fördert die verdichtete Bauweise, ohne den Wohnraum für Eigentümer und Mieter unnötig zu verteuern. Trotzdem erlaubt dies den Gemeinden, die dadurch entstehenden Mehrkosten abgegolten zu erhalten. Deshalb Ja zum fairen Landrats-Kompromiss!

Thomas Eugster, Landrat

Spital-Kooperationsinitiative der FDP

Alternative zum Nichtstun und zur Spital-Megafusion

Wir haben viel zu viele Spitäler und Spitalbetten in der Schweiz. Dies gilt besonders für unsere Region. «Jedem Täli sein Spitäli»: Können wir uns das weiterhin leisten in einer Zeit, in der die Patientinnen und Patienten frei wählen, wo sie sich behandeln lassen? Nein, offensichtlich nicht. Jeder Franken, mit dem leere Spitalbetten subventioniert werden, geht auf Kosten des Patientenwohls. Jeder Franken, mit dem an den Bedürfnissen vorbei Strukturerhaltung betrieben wird, geht auf Kosten der Prämienzahlerinnen und Prämienzahler. Liegt denn die Lösung in Spital-Grossfusionen? Ist es gut, wenn öffentliche Spitäler, wie bei der am 10. Februar zur Abstimmung kommenden Fusion des Universitätsspitals Basel mit dem Kantonsspital Baselland, über 70 Prozent des regionalen Gesundheitsmarktes beherrschen? Nein, offensichtlich nicht, denn Marktmacht führt stets zu höheren Kosten und damit zu höheren Krankenkassenprämien. Sind Grossspitäler in der Lage, rasch und flexibel auf Veränderungen und Innovationen im Gesundheitsbereich, wie etwa den Trend zur ambulanten Be-

handlung, zu reagieren? Nein, offensichtlich nicht, denn sie sind im Handling so träge wie Supertanker. Wer trägt die Risiken des Scheiterns einer Megafusion? Offensichtlich die Steuerpflichtigen, denn Grossspitäler sind «too big to fail». Deshalb lehnt die FDP Baselland die Spitalfusion zwischen dem Universitätsspital Basel und dem Kantonsspital Baselland ab. Doch gibt es einen Ausweg zwischen der Skylla des Nichtstuns gegen Spitalüberkapazitäten und der Charybdis der Spitalmegafusion? Offensichtlich Ja. Die sinnvolle Alternative ist die von der FDP Baselland lancierte Volksinitiative «Für mehr Kooperation der Spitäler». Sie will das kantonale Spitalgesetz gezielt mit Bestimmungen zur Förderung von Spitalkooperationen ergänzen. Die Kooperationsinitiative der FDP verlangt, dass der Kanton über die Kooperation der kantonalen Spitäler mit dem Universitätsspital Basel hinaus Kooperationen mit «allen öffentlichen und privaten Gesundheitsinstitutionen in der Region» fördert. Damit ist nicht nur die Zusammenarbeit mit öffentlichen und privaten Spitälern

in den Kantonen Solothurn, Aargau oder Jura gemeint. Die FDP-Initiative zielt auch auf Kooperationen mit Anbietern in der Psychiatrie und auf gezielte Zusammenarbeit mit kleinen, hochspezialisierten Nischenakteuren jenseits der Spitallandschaft, wie wir sie künftig immer mehr sehen werden. Die Kooperationsinitiative stellt nicht die Strukturerhaltung, sondern die Patientinnen und



Patienten sowie die Prämienzahlerinnen und Prämienzahler ins Zentrum. Die FDP-Initiative verlangt, dass der Kanton Kooperationen fördert, die patienten- und bedarfsorientiert sind, die Qualität und Wirtschaftlichkeit der Gesundheitsversorgung verbessern und einen kostendämpfenden Einfluss auf die Krankenkassenprämien und die kantonale Kostenbeteiligung haben. Einfach nichts tun oder Spitalmegafusion? Die Spital-Kooperationsinitiative der FDP ist die Alternative zum ineffizienten Status quo der «Täli-Spitäli» und zur Schaffung eines schwerfälligen, übermächtigen, teuren und riskanten Spital-Supertankers. Smarte, patienten- und bedarfsgerechte Kooperation, die intelligente Innovationen fördert, statt ineffiziente Strukturerhaltung betreibt: Das ist der Weg, den die FDP mit der Spital-Kooperationsinitiative einschlagen will. Unterstützen Sie uns dabei, indem Sie unsere Initiative unterschreiben. Ein Unterschriftenbogen liegt bei, es wäre schön, wenn Sie diesen mit möglichst vielen Unterschriften an unsere Geschäftsstelle senden (FDP Baselland, Postfach 420, 4410 Liestal). Vielen Dank für Ihren Einsatz.



Unser Landrat Marc Schinzel setzt sich für die Kooperationsinitiative ein ...



... genau wie unser Landratskandidat Daniel Setz aus Binningen.

Marc Schinzel
Landrat und Mitglied der Parteileitung

Das sagen unsere Mitglieder

Kooperationsinitiative

Naomi Reichlin, Vizepräsidentin und Landratskandidatin Wahlkreis Liestal: «Die Kooperationsinitiative ermöglicht ein starkes Netzwerk von privaten und staatlichen Spitalbetrieben. Damit können sie im stetig wandelnden Gesundheitsmarkt agil handeln. Die Fusion ist eine Zwangsheirat mit einer teuren Mitgift: explodierende Gesundheitskosten, Krankenkassenprämien und Prämienverbilligungen. Der Kanton Basel-Stadt hat im schweizweiten Vergleich die höchsten Gesundheitskosten pro Kopf und die höchsten Krankenkassenprämien.



Die Baselbieter Steuerzahlenden werden also mehrfach zur Kasse gebeten, obwohl Baselbieter Patientinnen und Patienten gegenüber heute keinen nachweislichen Vorteil erhalten. Mit der Fusion wird der bereits stark verzerrte Wettbewerb im Gesundheitswesen ausgeschaltet, und die Nachteile der Mehrfachrolle der Kantone im Spitalwesen werden noch verschärft.»

Brigitte Treyer, Landratskandidatin Wahlkreis Münstingen/Arlesheim: «Die Fusion von USB und KSBL mit der Überführung in eine Aktiengesellschaft führt zu einem von den Parlamenten nicht mehr kontrollierbaren und korrigierbaren Verwaltungskoloss. Die Kosten werden steigen und nicht sinken, insbesondere auch, wenn an den teuren und sinnlosen Strukturen aller Standorte festgehalten wird. Das erhebliche finanzielle Risiko wird dabei



mehrheitlich durch den Kanton Basel-Stadt getragen, welcher faktisch ein finanziell zu sanierendes KSBL übernimmt. Nur eine abgestimmte, sinnvolle Kooperation unter Einbezug sämtlicher regionalen Spitäler und eine Optimierung der Infrastruktur kann zum Erfolg führen.»

Beat Zimmermann, Landratskandidat Wahlkreis Gelterkinden: «Die Spitalfusion wird die Kosten und die Krankenkassenprämien nicht senken: Ich bin überzeugt, dass die neue Marktmacht die Grundversorgung verteuern wird, anstatt sie effizienter und damit kostengünstiger zu gestalten. Die Fusionsbefürworter gehen davon aus, dass der Personalbestand und die Bettenzahl kaum verändert werden. Wie sollen so die Kosten und die Prämien sinken? Die anvisierten Kosteneinsparungen der fusionierten Spitalgruppe von jährlich 70 Millionen Franken entsprechen nur 5 Prozent des Gesamtumsatzes. Diese Einsparungen könnten in einem gut geführten Unternehmen, das gezielt effizienzsteigernde Kooperationen eingeht und sich auf wenige Kompetenzbereiche fokussiert – ohne risikoreiche Grossfusion –, eingespart werden.»



enter und damit kostengünstiger zu gestalten. Die Fusionsbefürworter gehen davon aus, dass der Personalbestand und die Bettenzahl kaum verändert werden. Wie sollen so die Kosten und die Prämien sinken? Die anvisierten Kosteneinsparungen der fusionierten Spitalgruppe von jährlich 70 Millionen Franken entsprechen nur 5 Prozent des Gesamtumsatzes. Diese Einsparungen könnten in einem gut geführten Unternehmen, das gezielt effizienzsteigernde Kooperationen eingeht und sich auf wenige Kompetenzbereiche fokussiert – ohne risikoreiche Grossfusion –, eingespart werden.»

Sven Inäbitt, Landrat und Vizepräsident VGK: «Ich habe kein Verständnis für die Alarmbereitschaft der Fusionsbefürworter, die das Ende der Hochspezialisierten Medizin bei einem Nein zur Fusion prophezeien. Das Unispital muss sich gegen nationale wie auch internationale Konkurrenten behaupten. Entscheidend ist, wie sich das Spital in diesem Wettbewerb mit strategischen Kooperationen in Kernbereichen positioniert. Es geht darum, die



Kompetenz in einzelnen medizinischen Fachbereichen zu steigern mit hohen Fallzahlen und den besten medizinischen Fachkräften. Bei den Fallzahlen geht es vor allem darum, zusätzliche ausserkantonale Patienten zu gewinnen. Die Fusion bringt dem Unispital keinen einzigen zusätzlichen Patienten, da die Baselbieter bereits jetzt schon für die Spitzenmedizin ins Unispital gehen. Kooperationen mit anderen regionalen, nationalen und internationalen Anbietern sind wesentlich wichtiger für die Zukunft der universitären Medizin in unserer Region.»

Meinung

SP-Wirtschaftskonzept schädigt den Werkplatz Schweiz



Nationalrätin Daniela Schneeberger

Erinnern wir uns an den «Frankenschock»: Innerhalb eines Jahres musste die Schweizer Wirtschaft eine Verteuerung des Exports um 20 Prozent kompensieren – und dies aufgrund einer Euroschwäche, die ohne Zutun der Schweiz entstanden war. In die-

sen schweren Tagen zeigte sich, wie wichtig die Flexibilität der Firmen und ihrer Mitarbeitenden ist. Wir sind gestärkt aus der Krise hervorgegangen.

Geradezu ignorant wirkt vor diesem Hintergrund das Wirtschaftskonzept der SP: «Vorschläge für eine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik 2019–2029». Jede der vorgeschlagenen Wirtschaftsmassnahmen reduziert die Flexibilität und die Handlungsoptionen: So werden zum Beispiel eine 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn, sechs Wochen Ferien für alle, ein Jahr bezahlter Sabbatical für alle, eine Höchstarbeitszeit von 40 Stunden pro Woche anstelle der bisher geltenden 50 Stunden, eine bezahlte Elternzeit von mindestens 38 Wochen oder ein Kündigungsverbot für Arbeitnehmende über 55 mit mehr als zehn Dienstjahren gefordert.

Die SP-Forderungen entlarven sich selbst als unbrauchbar; sie sind nicht einmal visionär. Gefragt wäre heute doch eher eine Antwort auf das Thema der zunehmenden Digitalisierung und der Anforderung, dass viele Menschen als Teilselbstständige arbeiten möchten und wir hier noch keine guten Antworten haben im Hinblick auf die soziale Absicherung.

Lassen Sie mich als KMU-Vertreterin nur zwei

Forderungen konkret beleuchten: Die 35-Stunden-Woche und sechs Wochen Ferien für alle. Gerade kleine und mittlere Betriebe werden weder heute noch morgen ihr Pensum in einer 35-Stunden-Woche bewältigen können. Sie müssten mehr Arbeitnehmende einstellen, die aber mit den gleichen Erträgen beschäftigt werden müssen, was zwangsläufig zu tieferen Löhnen führen würde. In Frankreich kann man gut sehen, dass dieses Modell zu einer Situation führt, in der Menschen zwar 100 Prozent arbeiten, aber nicht vom Lohn leben können.

Der Wohlstand und die Stabilität unseres Landes beruhen im Wesentlichen auf einem liberalen Wirtschaftssystem, einem flexiblen Arbeitsmarkt, einem innovationsfähigen Bildungssystem und einer funktionierenden Sozialpartnerschaft. Diese Grundpfeiler des Erfolgsmodells Schweiz will die SP mit ihrem Wirtschaftskonzept umwerfen. Als liberale Partei setzen wir auf Flexibilität bei den Arbeitszeiten, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, das duale Bildungssystem und die Sozialpartnerschaft. Dafür lohnt es sich einzustehen.

Daniela Schneeberger
Nationalrätin, Thürnen

Wahlen

Zukunft wird aus Jugend gemacht

Das Durchschnittsalter des aktuellen Landrats liegt bei 54 Jahren. Um der wichtigen, aber untervertretenen jungen Bevölkerung eine Stimme zu geben, möchte ich mich als Landrätin in die politische Debatte im Kanton Baselland einbringen.

Mein Name ist Samira Schaub, ich bin 19 Jahre jung und möchte meine Zukunft selbst in die Hand nehmen. Zurzeit absolviere ich die kaufmännische Lehre im öffentlichen Verkehr. In meiner Freizeit bereite ich mich für den Lastwagenführerschein vor und spiele leidenschaftlich Klavier. Zudem erkunde ich gerne gemeinsam mit meinen beiden Hunden die Weiten der Baselbieter Wälder. Politische Erfahrung habe ich bei den Jungfreisinnigen Baselland gesammelt, wo ich auch als Parteileitungsmitglied aktiv mitwirke.

Damit meine Heimat, so wie ich sie schätze, weiterhin noch lange so bestehen kann, engagiere ich mich politisch. Ein zukunftsgerichtetes Bildungssystem oder das Zukunfts-Garantie-System, wie ich es gerne nenne, ist mir sehr wichtig. Die Schülerinnen und Schüler von heute sind die Arbeitnehmer und -geber von Morgen. Darum ist

es unabdingbar, dass wir ein qualitativ hochstehendes Schul- und Weiterbildungssystem haben.

Damit wir uns ein solch hochwertiges Bildungssystem leisten können, braucht es eine starke Wirtschaft. Wir benötigen weiterhin schwarze Zahlen im Kanton, damit wir gezielt in die Bildung und die Mobilität investieren können. Und dies ohne weitere Verschuldung, denn diese Schuldenlast müssen vor allem wir Jungen tragen. Nur so gelingt es uns, die Attraktivität des Baselbiets als Wohn-, Arbeits- und Bildungsregion zu verbessern.

Um dieses Ziel zu erreichen, brauchen wir Strassen- und Schienennetze, die eine effiziente Mobilität für alle ermöglichen. Durch den Flughafen Basel-Mulhouse-Freiburg und den weiteren Ausbau der Rheinhäfen verfügen wir als Region über weite Tore zur Welt.

Um an der Zukunft des Baselbiets weiter zu bauen, braucht es junge, dynamische und ideenreiche Landrätinnen und Landräte. Mit frischem Elan und mit grosser Verantwortung für die Zukunft der Baselbieter Bildungslandschaft und der Wirtschaft setzen wir uns für unsere politischen Ideale ein.



Samira Schaub

Und dies unbeschwert und mit viel jugendlicher Energie!

Samira Schaub, Landratskandidatin Wahlkreis Liestal und Vorstandsmitglied JFBL



Das Wahlkampfjahr 2019 hat begonnen, die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren. Das Ziel ist klar: Wir wollen die SP überholen. Die FDP setzt dafür 2019 auch auf den Door2Door-Wahlkampf. Wir bringen Ihnen das «Türchen» näher.

Gute Politik entsteht selten im stillen Kämmerlein, sondern indem wir den Fuss vor die eigene Tür setzen, zuhören und die Sorgen und Bedürfnisse aller Menschen aufnehmen. Diesen Gedanken setzt die FDP 2019 um und schlägt mit dem Door2Door-Wahlkampf neue Wege im Campaigning ein. Zwar haben Haustürbesuche beim Freisinn schon eine lange Tradition: Viele Kandidatinnen und Kandidaten klopfen seit Jahrzehnten erfolgreich an die Türen. Allerdings werden die beiden Massnahmen erstmals landesweit und in Kombination mit Datenanalyse eingesetzt. Zudem wollen wir nicht nur vereinzelt an die Türen gehen, sondern als Bewegung #teamFDP kollektiv den Dialog mit der Wählerschaft aufbauen.

Warum Door2Door?

Der Haustür-Wahlkampf ist mutig – Kandidatinnen und Unterstützer gehen an die Türen der Wählerinnen und Wähler und suchen den Dialog. Dass nicht alle an einem Gespräch interessiert sind, gehört dazu. Wir Kandidierenden können der Wählerschaft so aber zeigen, wie wichtig es uns ist, die

Menschen hinter diesen Türen zu verstehen und sich ihnen zu stellen. Wir FDP-Kandidierenden zeigen so unser Engagement und die gelebte Zusammengehörigkeit in der FDP. Damit die Öffentlichkeit das auch wahrnimmt, ist es wichtig, auf den sozialen (Hashtag #teamFDP) und in den klassischen Medien präsent zu sein.

Was erhofft sich die FDP davon?

Die Wählerinnen und Wähler sollen die FDP und ihre Kandidierenden persönlich kennen lernen können. Nach dem grossen Hype um Social-Media-Wahlkämpfe sind wir überzeugt, dass persönliche Nähe wieder mehr Wert hat. Und für uns Politikerinnen und Politiker ist es eine super Chance, ein direktes, ungefiltertes Feedback aus der Bevölkerung zu erhalten. Wie gut Tür-zu-Tür-Wahlkampf in der Schweiz funktioniert, wird sich erst noch zeigen. Im Ausland ist das Tür-zu-Tür-Campaigning aber vielerorts bereits ein bewährtes Instrument.

Wo wird Door2Door 2019 eingesetzt?

Im Vorfeld der nationalen Wahlen wird das Tür-zu-

Tür-Campaigning in Rahmen von Pilotversuchen bei kantonalen Wahlen in den Kantonen Zürich, Luzern und Basel-Landschaft sowie St. Gallen und Tessin getestet. Fallen die Erfahrungen vielversprechend aus, soll die Methode im Hinblick auf die nationalen Wahlen landesweit zum Einsatz kommen.



Impressionen von Door2Door-Workshops in Zürich...



und Luzern – das Team FDP ist schon hochmotiviert!

Wer kann mitmachen?

Alle Freiwilligen, die beim Tür-zu-Tür-Wahlkampf mitmachen möchten, können sich über die Website <https://www.teamfdp.ch/> beim Generalsekretariat dafür anmelden. Dieses bietet Schulungen an, an denen man von Kampagnenexperten alles erfährt, was man als erfolgreicher Door2Door-Wahlkämpfer wissen muss – geübt werden etwa die Begegnung an der Tür und das Bedienen der dazugehörenden App. Informiert wird aber auch über den korrekten Umgang mit persönlichen Daten – ein urliberales Anliegen. Bei der Ortspartei wird dann das Kampagnenmaterial bezogen, und es werden die «Canvasser»-Teams gebildet, die dann gemeinsam losziehen und raus auf die Strasse gehen.



Werden Sie Teil des #teamFDP!
Scannen Sie den Code mit Ihrem
QR-Code-Reader auf dem Handy
und Sie gelangen zur Website.



CO₂-Gesetz: Lösung statt Empörung

Wie die CO₂-Debatte wirklich verlief

Was der Nationalrat beim CO₂-Gesetz wirklich beschlossen hat: eine pragmatische Analyse der beschlossenen Ziele und Massnahmen mit Ausblick auf die weiteren Beratungen im Ständerat.

Die emotionalen Reaktionen nach der Ablehnung des CO₂-Gesetzes im Nationalrat haben dazu geführt, dass der Blick auf das Wesentliche verloren ging. Nämlich, dass die vom Nationalrat beschlossenen Massnahmen im neuen CO₂-Gesetz klar wirkungsstärker gewesen wären als jene im aktuellen CO₂-Gesetz. Das beweist die pragmatische Analyse im folgenden Abschnitt. Der emotionale Streit über das fehlende, übergreifende Inlandziel ist völlig übertrieben und zeigt, dass die Linken im Wahlkampfmodus stecken: #Klimawahl. Klimanationalismus statt Gesamtsicht. Problembewirtschaftung statt Lösungsfindung – schade. Rot-Grün hat im Seitenwagen der SVP das CO₂-Gesetz versenkt und nicht die FDP. Das ist Fakt.

Beschluss des Nationalrates

Der FDP wurde im Nachgang der intensiven Debatte vorgeworfen, man habe das CO₂-Gesetz so stark

verwässert, dass die Ablehnung des Geschäftes mitverschuldet war. Dabei ging bewusst vergessen, dass die Gesetzesvorlage nach der Beratung im Nationalrat diverse Beschlüsse beinhaltete, die nicht in unserem Sinne ausgefallen sind. So wurde am Schluss z.B. gegen unseren Willen die CO₂-Abgabe fast verdoppelt. Trotzdem sind wir in der Gesamtstimmung entgegengekommen und haben zugestimmt. Zur Übersicht wird in der blauen Box eine Auswahl von zehn Massnahmen aufgelistet, die nun aufgrund der Ablehnung nicht in Kraft treten.

Exkurs: Flugticketabgabe

Eine Flugticketabgabe bewirkt als nationale Inselösung nichts, wie internationale Beispiele zeigen: Die Flughäfen London Luton, London Gatwick, Wien, Frankfurt, München, Kopenhagen usw. steigerten den Flugverkehr in den letzten Jahren trotz Flugticketabgabe massiv. Oder es kam einfach zu

Verlagerungen zu kostengünstigeren Flughäfen. Klimapolitisch ist die Wirkung darum gleich null. Der Luftverkehr ist global anzugehen, was mit dem internationalen Klimainstrument CORSIA bereits aufgegleist ist. Ein koordiniertes Vorgehen ist besser als Hauruckübungen im CO₂-Gesetz.



Christian Wasserfallen

Wie weiter mit dem CO₂-Gesetz?

Es bleiben vor allem drei grosse Streitpunkte, die allesamt sachlich zu diskutieren sind: das Inland-/Auslandziel, die Höhe der CO₂-Abgabe und die Flugticketabgabe. Wir werden bei allen Themen konstruktiv mitarbeiten, damit das Pariser Klimaübereinkommen clever umgesetzt werden kann.

Christian Wasserfallen, Nationalrat BE

Durch unheilige Allianz versenkte Massnahmen

8 Inlandmassnahmen

Nr. 1: Weiterführung der tiefen CO₂-Grenzwerte nach 2020 für Neuwagen (Personenwagen: 95 g CO₂/km).

Nr. 2: Inlandziel für Gebäude (–50% bis 2030) und Ausbau der individuellen Zielvereinbarungen für Gebäudeeigentümer, wenn in die Reduktion des CO₂-Ausstosses investiert wird.

Nr. 3: Ausweitung der nachweislich funktionierenden Zielvereinbarungen auf alle Unternehmen, damit sie sich nach erfolgten Investitionen in den Klimaschutz von der CO₂-Abgabe befreien lassen können (vgl. Grafik).

Nr. 4: Erhöhung der CO₂-Abgabe von maximal 120 Franken/Tonne CO₂ auf 210 Franken/Tonne CO₂.

Nr. 5: Verlängerung des Gebäudesubventions-

programmes des Bundes bis 2030 mit 450 Mio. Franken pro Jahr.

Nr. 6: Erhöhung der Treibstoffkompensation im Inland (mind. 20% bis max. 90%).

Nr. 7: Maximale Treibstoffpreiserhöhung von 8 Rappen pro Liter für Kompensationsmassnahmen (statt 5 Rp. wie heute).

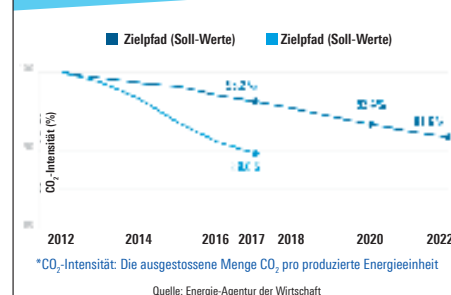
Nr. 8: CO₂-Verminderungsleistung von Wald oder anderen Lösungen werden berücksichtigt.

2 Auslandmassnahmen

Nr. 1: Koppelung mit dem Europäischen Emissionshandelsystem für Klimazertifikate inkl. Einbindung der Luftfahrt.

Nr. 2: Anrechenbarkeit von ausländischen CO₂-Reduktionen nach Regelwerk des Pariser Abkommens (internationale Bescheinigungen).

CO₂-Intensität der Unternehmen mit Zielvereinbarung* (in %)



Die Unternehmen im Zielvereinbarungssystem übertreffen ihre Emissionsreduktionsziele auch in der aktuellen Verpflichtungsperiode deutlich und liegen bereits 2017 unter dem Zielwert von 2020. Gegenüber dem Stand von 1990 haben sie ihre CO₂-Emissionen um über 30 Prozent reduziert.



Klimapolitik 2.0 als Chance begreifen

Für Klimaschutz im In- und Ausland

Die UNO-Klimakonferenz von Katowice hat es gezeigt: Die Begrenzung der Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad über ein globales Regelwerk muss möglichst rasch in Angriff genommen werden. Offen bleibt in vielen Staaten, wie ehrgeizig sie den Weg zum Ziel gehen werden. Es liegt nun am Ständerat aufzuzeigen, wie die Schweiz diesen Weg chancenreich begehen kann.

Sollen die Treibhausgasemissionen der Schweiz im Inland um 40 Prozent gesenkt werden? Oder um 50? Um 60 Prozent? Oder braucht es gar kein minimales Inlandziel? Weil sich der Nationalrat in dieser und weiteren Fragen nicht einig wurde, hat er nach zehnstündiger Debatte die Teilrevision des CO₂-Gesetzes bachab geschickt. Dies hat in der Bevölkerung, bei Umweltverbänden und selbst im Parlament eine grosse Unzufriedenheit ausgelöst, um Kompromisse zu finden und neue Vorschläge zu erarbeiten.

Die Schweiz soll Verantwortung übernehmen

Gerne weisen wir Schweizer darauf hin, dass unser Land zu den zwanzig grössten Wirtschaftsnationen der Welt gehört und dass wir bezüglich Direktinvestitionen sogar zu den Top 5 gehören. Weniger

gerne sagen wir aber, dass unser Land der weltweit sechstgrösste Verursacher von Treibhausgasen wäre, würden die in der Schweiz verwalteten Finanzflüsse mit CO₂-Emissionen verknüpft und uns angelastet. Es ist offensichtlich: Die Schweiz ist in der Pflicht, und zwar im Inland wie im Ausland. Eine auf «Win-Win» fokussierte Klimapolitik sollte deshalb vor allem zwei Aufgaben erfüllen: Sie soll Massnahmen umsetzen, die sich schon mit

heutigen Technologien lohnen. Und sie soll durch Forschung und Entwicklung Massnahmen fördern, damit diese auch unter Einrechnung der Klimafolgekosten wirtschaftlich werden und weltweite Anwendung finden. Der Bundesratsvorschlag für das CO₂-Gesetz konzentriert sich auf Inlandemissionen plus Auslandskompensation. Weitere Hebel werden nicht genutzt. Solche ins Gesetz aufzunehmen, scheint angesichts der heutigen Ausgangslage nicht unmöglich.

Neue Vorschläge sind nötig

Für uns Liberale ist klar: Eine simple Fortschreibung der heutigen Klimapolitik greift zu kurz. Sie lässt auch die neuen Erkenntnisse der Klimawissenschaften völlig ausser Acht. Zudem orientiert sich eine solche Politik viel zu wenig an den Chancen, die wir als Innovationsnation wahrnehmen sollten.

Deshalb sollten sieben weitere Möglichkeiten näher geprüft werden. Dazu gehören die Flugticketabgaben, Anrechenbarkeit der CO₂-Reduktionen in der ausländischen Wertschöpfungskette von Schweizer Unternehmen, Instrumente zur Reduktion von Risiken inländischer und weltweiter Klimaschutz-Investitionen, die Transparenz und Reporting von Klimarisiken und -wirkung im Bereich institutioneller Anleger und Unternehmen, sowie die Berücksichtigung von Klimarisiken bei der Festlegung von Eigenmittelquoten im Finanzsektor. Zudem soll der Innovationswettbewerb angekurbelt und eine verursachergerechte Finanzierung der ohnehin zu leistenden internationalen Klimafinanzierung geprüft werden.

Klimaschutz im In- und Ausland

Klar ist: Wenn Auslandszertifikate nicht garantiert echten Emissionsreduktionen entsprechen, soll sich die Schweiz diese auch nicht anrechnen. Gleichzeitig soll die Schweiz bilaterale Verträge abschliessen, damit keine Doppelanrechnungen möglich sind. Als Hochtechnologieland mit vielfältigen Handelsbeziehungen und einem erstklassigen Finanzplatz besitzen wir wichtige Hebel, um auch im Ausland massgeblich zum Klimaschutz beizutragen. Anhand dieser Chancen und diverser Massnahmen zeigt sich eindeutig: Die Schweiz muss Klimaschutz sowohl im In- wie auch im Ausland betreiben!

Damian Müller, Ständerat LU

«Die Schweiz besitzt wichtige Hebel, um auch im Ausland massgeblich zum Klimaschutz beizutragen.»

Elektromobilität

Liberaler Rezepte zur Förderung der Elektromobilität

Die Mobilität befindet sich im Wandel. Vernetzung und Digitalisierung schreiten voran, neue Mobilitätskonzepte und Akteure drängen in den Markt, und so verschärfen sich die Zielvorgaben zur Emissionsreduktion im Verkehr. Als zentrales Element dieser Veränderungen gilt der elektrische Antrieb. Dessen Förderung sollte mittels liberaler Rezepte erfolgen.

Obschon sich vieles ändern wird: Das Auto bleibt auch in Zukunft der wichtigste Verkehrsträger. Künftig wird der Antrieb aber vermehrt elektrisch sein – Autoschweiz erwartet einen Anteil von 10 Prozent im Jahr 2020. Dieses Ziel ist ambitioniert. Die massiven Investitionen in die Entwicklung und die Herstellung von Elektroautos zeigen aber deutlich die Richtung. Die Elektromobilität wird eine wichtige Ergänzung des motorisierten Individualverkehrs. Dem wichtigsten Verkehrsträger gebühren angemessene Rahmenbedingungen: ein bedarfsgerechtes Strassennetz, bestmögliche Vernetzung mit anderen Verkehrsträgern und eine flächendeckende Ladeinfrastruktur. Hierbei können wir auf einheimisches Schaffen und Schweizer Produkte setzen. Die aargauische ABB ist Weltmarktführer im Schnellladebereich, diverse lokale und überregionale Energieversorger und der TCS bieten Ladedienstleistungen an.

Entbürokratisierung fördert die Elektromobilität

Weder Subventionen noch Sonderrechte sind nötig, um die Elektromobilität zu fördern. Nötig sind ein unbürokratischer und hindernisfreier Aufbau der Ladeinfrastruktur, die Klärung der Regulierungskompetenzen für neue Angebote sowie eine erleichterte Einführung von neuen Mobilitätskonzepten. Auch im Langsamverkehr findet eine Elektrifizierung statt. Heute ist die Benutzung der meisten fahrzeugähnlichen Geräte auf öffentlichem Grund verboten. Das ist ein Beispiel für realitätsfremde Regulierung.

Klimaziele im Verkehr

Die Emissionsvorgaben an die Autobranche sind sehr sportlich. Die Flottenziele in Sachen CO₂-Ausstoss für das nächste Jahrzehnt sind ohne eine markante Zunahme an Steckerfahrzeugen nicht zu

erreichen. Die Umweltbilanz wird mit dem elektrischen Antrieb noch einmal verbessert. Durch den weltweiten Zubau an erneuerbaren Energiequellen wandelt sich das Auto vom Saulus zum Paulus. Die



Thierry Burkart

Mobilität auf vier Rädern wird auch ohne Nutzungseinschränkungen die Klimaziele des Bundes erreichen. Dafür braucht es aber keine sozialistischen Rezepte, sondern liberale.

Thierry Burkart, Nationalrat AG, Mitglied der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen

Wie die Schweiz mit Exporttechnologie ihre ehrgeizigen Klimaziele erreicht

Innovative Schweizer Lösungen zur Emissionsreduktion

In der Schweiz nehmen die Treibhausgasemissionen seit 1990 stetig ab. In den asiatischen Schwellenländern, mit ihrem Hunger nach Infrastruktur, Industrie und Arbeitsplätzen, wachsen sie dagegen am stärksten. Unbestrittenermassen befindet sich das grösste Potenzial für die Einsparung von Treibhausgasen ausserhalb der Schweiz.

Das 2015 beschlossene Pariser Übereinkommen hält gerade für Länder wie die Schweiz eine liberale Lösung für den grenzüberschreitenden Klimaschutz bereit. So können die inländischen Einsparungen um ein Vielfaches übertroffen werden.

Und so funktioniert es: Unternehmen liefern Engineering und Ausrüstung beispielsweise für die Totalerneuerung eines bestehenden thermischen Kraftwerks in einem Schwellenland. Mit bis zu 50 Prozent höherer Effizienz werden Einsparungen von Millionen Tonnen CO₂ pro Anlage erreicht. Allerdings fallen dabei erhebliche Mehrkosten an. Gemäss Pariser Übereinkommen wird dem Exporteur bzw. dem Exportland ein Teil der eingesparten Emissionen in Form von handelbaren Zertifikaten gutgeschrieben. Durch deren Verkauf werden die Mehrkosten gedeckt und die Realisierung ermöglicht – für Klimaschutz, Arbeitsplätze und nachhaltige Entwicklung ein idealer Weg.

teur bzw. dem Exportland ein Teil der eingesparten Emissionen in Form von handelbaren Zertifikaten gutgeschrieben. Durch deren Verkauf werden die Mehrkosten gedeckt und die Realisierung ermöglicht – für Klimaschutz, Arbeitsplätze und nachhaltige Entwicklung ein idealer Weg.

Export von Effizienztechnologien fördern

Was muss die Politik dazu beitragen? Im Zuge der Revision des CO₂-Gesetzes soll der Export von Effizienztechnologien als prioritäre Massnahme verankert werden. Der Bund soll, gestützt auf das Pariser Übereinkommen, die Anerkennung und An-

rechnung solcher Exporte vorantreiben. Schliesslich soll der Bundesrat mit geeigneten Partnerländern Kooperationsvereinbarungen abschliessen und Investitionssicherheit für diese Exporte schaffen.



Urs J. Näf

Urs J. Näf, FDP Kanton Bern, Mitglied der Fachkommission Umwelt

Gebäudepark Schweiz

Libérale Instrumente für ökologische Sanierung des Gebäudeparks

Um die CO₂-Belastung zu senken, müssen die Gebäude in der Schweiz ökologisch saniert werden. Dazu stehen heute zwar gute Anreizinstrumente zur Verfügung, doch künftig sollen vermehrt marktwirtschaftliche Modelle in den Fokus rücken.

Der Gebäudepark Schweiz verantwortet einen Anteil von rund 30 Prozent der CO₂-Gesamtbelastung. In Zahlen bedeutet dies ca. 13 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalente. Gemäss Vorgabe des Bundesrats sollte der Emissionswert von 1990 bis ins Jahr 2030 halbiert werden. Machbar, weil bei Neubauprojekten kaum noch Ölheizungen verbaut werden und sie besser isoliert sind. Entsprechend sind sie bezüglich CO₂-Belastung unproblematisch. Die grosse Herausforderung ist der bestehende, veraltete Gebäudepark.

Lösungen sind vorhanden

Die heutigen gesetzlichen Vorgaben und die Innovationsdynamik im Markt sind eine gute Basis zur Meisterung dieser Herausforderung. Heizungen werden spätestens alle 25 Jahre ersetzt. Dank der

technologischen Entwicklung sind effiziente Produkte mit grossem Anteil an erneuerbarer Energie auf dem Markt. Ich unterstütze zudem die Umsetzung der Musterenergie-Verordnung der Kantone (MuKen), wonach bei einem Ersatz von fossilen Heizungen künftig ein Anteil von 10 Prozent mit erneuerbarer Energie vorhanden sein soll.

Marktwirtschaftliche Modelle

Für die Sanierung der Gebäudehülle stehen heute die Subventionen des Gebäudeprogramms zur Verfügung. Ein gutes Anschubinstrument, das aber langfristig durch marktwirtschaftliche Modelle wie Zielvereinbarungssysteme ersetzt werden soll. Denkbar ist, dass Hauseigentümer oder Quartiere diese Absenkerpflichtung als Zertifikat verkaufen könnten oder von der CO₂-Abgabe befreit werden.

Zudem hat sich die FDP bei der Energiestrategie 2050 erfolgreich für die Einführung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von ökologischen Investitio-



Peter Schilliger

nen und der Rückbaukosten eingesetzt. Mit letzterem steigt der Anreiz einer Gesamterneuerung von bestehenden Gebäuden. Dies wäre ökologisch am sinnvollsten, weil so die bestehende Infrastruktur am besten genutzt wird.

Peter Schilliger, Nationalrat LU

Kreislaufwirtschaft

Kreislaufwirtschaft: der Königsweg zur Nachhaltigkeit

Wirkliche Nachhaltigkeit wird nicht durch Konsumverzicht und Beschränkungen der Ressourcennutzung erreicht. Es braucht dazu tatsächlich nur zwei Dinge: genug (erneuerbare) Energie und geschlossene Stoffkreisläufe. Neue Schweizer Ansätze in der Kreislaufwirtschaft verdienen deshalb Unterstützung.

Es gilt heute als modisch, unser Leben mit «ökologischen Fussabdrücken» auszumessen. Resultat: Wir leben auf viel zu grossem Fusse, d.h. wir verbrauchen mehr Energie und Ressourcen, als der Planet auf Dauer liefern kann. Schlussfolgerung ist dann meistens, dass wir weniger konsumieren, nicht mehr fliegen, vegetarisch leben etc. sollten. Diese Folgerung ist kurzsichtig, denn sie geht davon aus, dass wir Stoffe nur einmal brauchen und dann irgendwo als «Abfälle» ablagern. Anstatt den Konsum einzuschränken, was Rezessionen und Wohlstandseinbussen auslöst, sollten wir schlicht die Stoffkreisläufe schliessen, d.h. aus «Abfällen» wieder nutzbare Ressourcen machen.

Vergleichen Sie einen sibirischen Tundra-Wald mit einem brasilianischen Regenwald. Beide sind nachhaltig (wenn man sie nicht abholzt!). Der Regenwald verbraucht ein Hundertfaches an Energie

und Stoffen. Er ist dennoch nachhaltig, weil seine Stoffkreisläufe geschlossen sind, und weil er genug Sonnenenergie erhält, um seine Biomasse zu produzieren und umzusetzen.

Bahnbrechende Technologien

Nun tönt das Gebot «Stoffkreisläufe schliessen» freilich wie «I have a dream», eine Utopie. Und doch bietet die Technologie laufend neue Ansätze dazu. Rein technisch ist es heute schon möglich, jegliche Abfälle in einem Plasmaofen zu ionisieren, nach Atomen zu sortieren und dann daraus die reinen Elemente zurückzugewinnen. Wirtschaft-

lich ist das natürlich noch lange nicht. Aber es ist heute bereits wirtschaftlich, Gold und weitere Wertstoffe aus Kehrortschlacke zurückzugewinnen! Es ist an der Grenze der Wirtschaftlichkeit, Phosphor aus den Klärschlämmen von Abwasserreinigungsanlagen zurückzugewinnen. Die Schweiz könnte so in der Versorgung mit diesem (lebenswichtigen) Element autark werden. Dasselbe gilt für Zink, welches aus den Filterstäuben von thermischen Prozessen in reiner Form zurückgewonnen werden kann.

Solche Projekte sind zukunftsweisend und verdienen die Unterstützung der Politik. Sie zeichnen den Königsweg zu einer nachhaltigen Wirtschaft vor – ohne freiheitsbeschränkende und wirtschaftsschädigende Eingriffe.

Dr. Jürg Liechti

FDP SO, Mitglied der Fachkommission Umwelt

«Anstatt den Konsum einzuschränken, sollten wir schlicht die Stoffkreisläufe schliessen.»

Viele Versicherer und andere Grossunternehmer fördern bereits heute sehr aktiv den Übergang zur Nutzung erneuerbarer Energien.



Klimapolitik und die Versicherungswirtschaft

Nachhaltigkeit in Grossunternehmen

Der Klimawandel gehört zu den grössten Herausforderungen unserer Zeit. Die Versicherungswirtschaft ist davon stark betroffen. Es braucht deshalb entschlossenes Handeln in Wirtschaft und Politik.

Die Versicherungswirtschaft hat den Klimawandel bereits vor dreissig Jahren als Risiko erkannt. Für die Schweiz bedeutet Klimawandel mehr Hitzetage, trockene Sommer, heftige Niederschläge und schneearme Winter. Das hat nicht nur massive Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft; zunehmende Naturrisiken führen auch zu höheren Versicherungsschäden.

Weitreichende Klimapolitik

Eine weitreichende Klimapolitik zur Reduktion der CO₂-Emissionen bis hin zur Dekarbonisierung ist unumgänglich. Die Versicherungswirtschaft befürwortet deshalb die Verpflichtung des Pariser Klimaabkommens, die CO₂-Emissionen bis 2030 gegen-

über 1990 um 50 Prozent zu reduzieren, ebenso wie ein 85-Prozent-Reduktionsziel (bzw. Netto-Null-Emissionen) bis 2050.

Was tun die Versicherungen?

Zahlreiche Versicherer verzichten heute bereits auf Geschäfte, die zu grossen Umweltschäden führen, oder erlauben diese nur unter strengen Qualitätskriterien. Ein aktuelles Beispiel ist die Versicherung von Kohlerisiken. Versicherer wie Allianz, Generali, Swiss Re oder Munich Re haben diese stark eingeschränkt und fördern so auch den Übergang zur Nutzung erneuerbarer Energien.

Auch bei nachhaltigen Kapitalanlagen nehmen Versicherer eine führende Rolle ein. Swiss Re bei-

spielsweise bezieht Umwelt-, Sozial- und Governance-Benchmarks systematisch in ihre Anlageentscheidungen ein. Damit unterstützen Kapitalanleger eine nachhaltige Unternehmenspolitik, mindern Risiken im Portefeuille und sichern sich langfristig höhere risikobereinigte Renditen. Nachhaltigkeit wird damit zum Kern erfolgreicher Unternehmensführung.

Ambitionierte Ziele setzen

Unterstützend brauchen die Unternehmen aber auch die richtigen politischen Rahmenbedingungen. Viele Länder haben sich ambitionierte und verbindliche Emissionsziele gesetzt. Deshalb unterstützt auch der Versicherungsverband ein Inlandziel für die Schweiz – in Ergänzung zu Reduktionen im Ausland.

Ein solches Ziel unterstreicht die Glaubwürdigkeit der eingegangenen Verpflichtung und erleichtert die Planbarkeit – zumal die Ausgestaltung des Emissionshandels nach der letzten Klimakonferenz unklar bleibt. Ausserdem werden die Preise für Zertifikate künftig steigen, denn die Länder, in denen sich bisher Emissionsreduktionen «einkaufen» liessen, müssen diese vermehrt selber nutzen.

Chancen für Wirtschaft und Gesellschaft wahrnehmen

Für die Schweiz und ihre Unternehmen bietet die Dekarbonisierung deshalb Chancen: kostengünstige Reduktionspotenziale in den Bereichen Gebäude und Verkehr realisieren, die Transformation des Energiesystems vorantreiben, unternehmerische Innovationskraft stärken und inländische Wert-



Beat Habegger

schöpfung schaffen. Mittels einer weitreichenden Politik lässt sich der Klimawandel damit letztlich – neben allen zu bewältigenden Risiken – als positive Kraft zur Weiterentwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft nutzen.

Beat Habegger, Kantonsrat ZH



Herausragendes Jahr für FDP Service Public

Rückblick und Ausblick

Spannende Referate, hochkarätige Gäste, Besucherrekorde bei unseren Anlässen, ein neuer Vorstand sowie ein vielversprechender Ausblick aufs neue Jahr – bei der FDP Service Public ist etwas los.

Das Jahr 2018 zeichnete sich insbesondere durch zahlreiche hochkarätige Anlässe aus. Die Highlights waren dabei besonders der spannende Vortrag von Staatssekretärin Pascale Baeriswyl sowie der grossartige Auftritt des neuen FDP-Bundesrates, Ignazio Cassis. Staatssekretärin Baeriswyl führte uns in die spannende Welt der Diplomatie ein, und Bundesrat Cassis berichtete uns auf eine sehr persönliche und sympathische Weise von seinen ersten Monaten im Amt. So konnte er uns zahlreiche Themen aus einer Perspektive beleuchten, die vielen von uns vorher unbekannt war.

Reges Interesse

Beide Anlässe waren ausserordentlich gut besucht. Bei Frau Baeriswyl waren über 50 Gäste anwesend, bei Bundesrat Cassis sogar mehr als 70 – es handelt sich somit um zwei der erfolgreichsten Ereignisse in der Geschichte unserer Vereinigung – Rekord!

Peter Fischer, Delegierter für die Informatiksteuerung des Bundes, war ein weiterer brillanter

Gast, der uns die Besonderheiten der Digitalisierung im Bereich der öffentlichen Verwaltung näherbrachte – auch dieser Anlass fand reges Interesse. Schliesslich konnten wir mit Martin Naville, Präsident der Schweizerisch-Amerikanischen Handelskammer, einen ganz besonders interessanten Referenten gewinnen, der uns die aktuellen Veränderungen in der US-Handelspolitik erläuterte und uns zudem sehr tiefe Einblicke in die US-Politik und das politische System der USA ermöglichte.

Aus dem Vorstand

Das Vereinsjahr 2018 stand unter dem Zeichen der Konsolidierung, was mit dem Rücktritt unseres Präsidenten Beat Schlatter im März nicht ganz einfach war. Trotz dieses einschneidenden Ereignisses konnten wir verschiedene Veränderungen schnell vorantreiben. Dies hat beispielsweise zu neuen Mitgliedern im Vorstand geführt – wir sind froh, mit Jasmina Felicijan (FDP Zollikon) und Thomas Herzog (FDP Bezirk Rheinfelden) zwei weitere en-

gagierte Vorstandsmitglieder gefunden zu haben. Unser herzlicher Dank geht an Beat Schlatter, der unsere Vereinigung in den vergangenen 12 Jahren stets mit viel Herzblut geführt hat. Es ist auch seinem persönlichen Engagement zu verdanken, dass unsere Vereinigung nun breiter bekannt ist und eine solide Mitgliederbasis hat. Wir sind erfreut, dass uns Beat als Mitglied und Delegierter erhalten bleibt!

Ausblick 2019

Das neue Vereinsjahr beginnt traditionellerweise mit dem Fraktionsapéro, für welchen wir dieses Mal Professor Karl-Heinz Paqué, Mitglied des FDP-Bundesvorstands Deutschland, gewinnen konnten – eine interessante Diskussion ist also gewiss! Weiter werden wir Markus Seiler, Generalsekretär des EDA, sowie Petra Gössi bei uns zu Referat, Diskussion und Apéro begrüßen – weitere spannende Anlässe und interessante Aktivitäten sind aktuell in Planung.

In diesem Jahr möchten wir unsere Vereinigung noch breiter bekannt machen, insbesondere auch den Umstand, dass eine Mitgliedschaft bei der FDP Service Public der Mitgliedschaft bei z.B. einer Ortspartei nicht entgegensteht – es handelt sich vielmehr um eine sinnvolle Ergänzung, die eine stärkere Vernetzung ermöglicht. Freisinnig eingestellte Personen mit einer aktuellen oder früheren



Daniel Seiler

Anstellung bei Bund, Kanton, Gemeinde oder staatsnahe Betrieb sind uns stets willkommen, wir freuen uns über neue Gesichter an unseren Anlässen, auf ein starkes Netzwerk und einen inspirierenden Meinungsaustausch – die aktuellen Aktivitäten und Kontakte sind auf unserer Website zu finden.

www.fdp-servicepublic.ch

Daniel Seiler

Präsident FDP.Die Liberalen Service Public

Liberal und weltoffen

Die 5. Schweiz im Wahljahr

Die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer werden die Wahlen im Herbst 2019 nicht alleine entscheiden. Aber sie können in vielen Kantonen das Zünglein an der Waage spielen. Wer sind sie? Wie ticken sie politisch und warum sind sie für die FDP eine lohnende Zielgruppe?

761 930 – so viele Schweizerinnen und Schweizer leben laut offiziellen Zahlen im Ausland. Damit wäre die 5. Schweiz der drittbevölkerungsreichste Kanton nach Zürich und Bern. Geografisch verteilt sich die 5. Schweiz zwar über den ganzen Erdball, aber mit über 60 Prozent entfällt der grösste Anteil auf Europa, insbesondere die Nachbarländer. De-

«Bisher punktete vor allem die SP in der 5. Schweiz – das muss nicht sein!»

mografisch wiederum sind die Menschen im Schnitt jünger und zählen mehr Frauen als die Bevölkerung zu Hause. Nicht zu unterschätzen ist der grosse Anteil sogenannter Expats: Leute, die einen Abschnitt ihres Lebens im Ausland verbringen, sei dies fürs Studium, weil sie für die Schweizer Ex-

portindustrie irgendwo auf der Welt tätig sind, oder weil sich ganz einfach die Liebe nicht an die Landesgrenze gehalten hat.

Die politischen Rechte

Ihre politischen Rechte üben die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer im letzten Wohnkanton aus. Bei den Nationalratswahlen verfügen sie in allen Kantonen über das aktive und das passive Wahlrecht, bei den Ständeratswahlen in den meisten Kantonen. Ihre Stimmbeteiligung liegt im Schnitt allerdings tiefer. Die Gründe dafür sind vielfältig. Ab der zweiten Generation fällt sie aus naheliegenden Gründen, denn die politische Realität der Schweiz entfernt sich, während sich die Integration im neuen Land vollzieht – eine Entwicklung, die wir auch bei Secondos in der Schweiz feststellen und die ja durchaus zu begrüßen ist. Wichtig sind aber auch Hindernisse im Abstimmungsprozess. Oft kommen die Unterlagen einfach nicht rechtzeitig oder gar nicht an. E-Voting bleibt daher auch ein zentrales Anliegen dieser Wählergruppe, welche hier eine direkte Betroffenheit spürt. So ist denn die Beteiligung in jenen Kanto-



Roger Kölbener

nen, welche ihren Auslandschweizern diese Möglichkeit anbieten, auch nachweisbar grösser.

Liberal und weltoffen

Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer stimmen im Vergleich sowohl in gesellschaftlichen wie auch in wirtschaftspolitischen Fragen liberaler und weltoffener ab als die Zuhausegebliebenen. Ihr Smartspider verrät ein politisches Profil, für welches die FDP das richtige Angebot bereithält. Trotzdem konnte die SP in der Vergangenheit bei nationalen Wahlen überdurchschnittlich punkten bei den Stimmen der 5. Schweiz, sie ist dort gar die stärkste Partei. Das muss nicht sein!

«Liberal und weltoffen – das politische Profil der 5. Schweiz passt perfekt zur FDP.»

Als wichtigstes politisches Thema nennen ganze 47 Prozent der Auslandschweizer die Europapolitik (im Inland sind es die Gesundheitskosten). Auch das ist eine grosse Chance für die FDP, denn mit einer konstruktiven und fortschrittlichen Europapolitik, die entsteht für die Zukunft des bilateralen Weges, kann sie sich gerade auch bei den Auslandschweizern profilieren. Nicht zuletzt deshalb, weil die SP in dieser Frage ein Trauerspiel ablieft und sich unter dem Diktat der Gewerkschaften lieber zur SVP in den Schützengraben legt, als die Werte und Interessen der Schweiz zu verteidigen.

Roger Kölbener, Präsident FDP International



Anteil der im Ausland lebenden Schweizer nach Erdteil. ASO



Das politische Profil der Auslandschweizer.

NZZ-Infografik

Die Delegierten dankten Johann Schneider-Ammann spontan mit mehreren stehenden Ovationen.



Auf Wiedersehen Johann Schneider-Ammann

Herzlich willkommen, Karin Keller-Sutter

Mehr Bilder
auf
www.fdp.ch

Rund 350 Delegierte haben am 12. Januar 2019 ihren alt Bundesrat Johann Schneider-Ammann würdig verabschiedet und die neue Bundesrätin Karin Keller-Sutter herzlich willkommen geheissen. Neben diesem festlichen Teil fassten die Delegierten die Parolen für drei Abstimmungsvorlagen.

Sutter, herzlich empfangen. Sie verfügt über einen beispiellosen politischen Leistungsausweis von fast 30 Jahren im Dienste der Schweizerinnen und Schweizer. Als Gemeinderätin, Kantonsrätin, Regierungsrätin und noch vor kurzem als Ständeratspräsidentin hat sie ihr Können bewiesen. Auch in

An der ersten Delegiertenversammlung 2019 haben die Delegierten in Biel ihrem alt Bundesrat Johann Schneider-Ammann für sein enormes Engagement im Dienst unseres Landes und unserer Partei gedankt und ihn würdevoll verabschiedet. Der Elektroingenieur und ehemalige Unternehmer konnte trotz Wirtschaftskrise die Erwerbsquoten hochhalten. Er hat den weltweiten Spitzenplatz als Innovationsstandort ausgebaut, zahlreiche Freihandelsabkommen ausgehandelt und die Schweiz ins digitale Zeitalter geführt. «Es war mir eine Ehre, mich für dieses Land, für unser Petit Paradis, zu engagieren», so der alt Bundesrat in seiner Abschiedsrede. Die Delegierten dankten es ihm mit mehreren stehenden Ovationen.

Warmes Willkommen für Karin Keller-Sutter

Wo ein Ende ist, ist auch ein Anfang. So haben die Delegierten ihre neue Bundesrätin, Karin Keller-



Ein emotionaler Moment: Die Delegierten danken und verabschieden den verdienten Bundesrat mit stehenden Ovationen.

der Wirtschaft ist sie bestens verankert, etwa durch ihr Engagement im Vorstand des Arbeitgeberverbands oder durch ihre Arbeit im Rahmen von mehreren Verwaltungsratsmandaten. Die FDP ist stolz auf sie und freut sich darüber, dass sie die freisinnigen Werte im Bundesrat vertritt.

Sehr deutliche Zustimmung zur AHV-Steuvorlage und zur Waffenrichtlinie

Einstimmig haben die Delegierten die Zersiedelungs-Initiative abgelehnt, über die wir am 10. Februar zu bestimmen haben. Sie liefert keine Antworten auf die dringendsten Probleme der Raum-

«Es war mir eine Ehre, mich für dieses Land, für unser Petit Paradis, zu engagieren.»

Johann Schneider-Ammann

planung. Eine deutliche Ja-Parole fassten sie aber mit 296 zu 4 Stimmen bei 7 Enthaltungen für die AHV-Steuvorlage. Mit diesem Paket wird nicht nur die Standortattraktivität gesichert, sondern auch die notwendige Rechts- und Planungssicherheit für Hunderttausende Arbeitsplätze in der Schweiz gewährleistet.

Nach einer spannenden Debatte haben die Delegierten dann auch die Änderung der EU-Waffenrichtlinie mit 250 zu 46 bei 5 Enthaltungen angenommen. Sie wollen das für die Sicherheit in der Schweiz so wichtige Schengen-Abkommen nicht gefährden und betrachten die Änderungen für die Schützinnen und Schützen als zumutbar.



«Die Menschen erwarten von der Politik nicht, dass sie ihnen alle Sorgen abnimmt. Aber sie erwarten von uns, dass wir sie in ihrer persönlichen Freiheit nicht noch mehr einschränken», ist unsere neue Bundesrätin Karin Keller-Sutter überzeugt.



Die Partei schenkte ihrer neuen Bundesrätin ein grosses Bild des Säntis, das ihre Heimat Ostschweiz symbolisieren soll. Petra Gössi scherzte: «Zum Glück sind die Büros der Bundesräte gross.»



Unsere Präsidentin hat nicht nur die Delegierten auf das Wahljahr eingeschworen, sondern in Biel auch noch ihren Geburtstag gefeiert. Die Blumen nahm sie dankbar entgegen.



Petra Gössi übergibt Johann Schneider-Ammann eine Gutschein-Box für Ausflüge mit seinen Enkelkindern.

Engagierte Nachwuchstalente – Investition in die Zukunft

Mentoringprogramm der FDP Schweiz

Im Juni 2019 startet das neue Mentoringprogramm der FDP Schweiz. Das Programm wird in zwei Ebenen angeboten. So richtet sich ein Programm gezielt an junge Persönlichkeiten, die erst am Beginn ihrer Politkarriere stehen. Das zweite Programm strebt eine Unterstützung von Politikern an, die schon in einem Amt tätig sind und eine nationale Karriere anstreben.



Teilnehmende des Bachelorprogramms am Kickoff, zusammen mit dem damaligen Fraktionspräsidenten, Bundesrat Ignazio Cassis, Präsidentin Petra Gösli und Generalsekretär Samuel Lanz.

Das Programm «Bachelor» richtet sich an Jungpolitikerinnen und Jungpolitiker, die evtl. bereits auf kommunaler Stufe aktiv sind. Diese Jungpolitiker sollen für ein kantonales Amt (Legislative sowie Parteikader) vorbereitet werden. Die Jungpolitiker erhalten während zweier Jahre eine Betreuung, die ihnen ermöglichen soll, sich ein Netzwerk, das nötige Fachwissen und Kompetenzen aufzubauen. Jeder Teilnehmer erhält einen kantonalen Mentor, der darum bemüht ist, dem Mentee ein Netzwerk im Kanton zu eröffnen. Ebenso werden die Teilnehmer von ihrer Kantonalpartei tat-

kräftig unterstützt, gefördert und betreut. Fleissige Bachelormentees können sich nach einem Jahr für das Masterprogramm bewerben. Pro Ausbildungsgang sind 15 bis 20 Mentees möglich.

Gezielte Förderung

Mit dem Masterprogramm sollen aussichtsreiche Politikerinnen und Politiker auf ein Mandat in der nationalen Legislative, der kantonalen Exekutive oder der nationalen Partei vorbereitet werden. Das Programm bietet ausgewählten Personen die Möglichkeit, sich mit wichtigen Personen zu vernetzen

und so an ein Netzwerk, finanzielle Unterstützung und überregionale Beachtung zu kommen, um erfolgreich kantonale Regierungswahlkämpfe und nationale Wahlkämpfe zu bestehen.

Jeder Teilnehmer erhält einen nationalen Mentor. Den Teilnehmenden wird eine individuell angepasste Förderung ermöglicht. Pro Durchgang können maximal 6 Personen teilnehmen. Das Programm dauert zwei Jahre.

Mit dem Mentoringprogramm sollen junge Politiker so geschult werden, dass sie für kantonale oder nationale Ämter vorbereitet sind. Sie verinnerlichen die liberale Strategie, Werte und die Ausrichtung und können die liberale Politik nach aussen tragen.

Wertvolle Einblicke, grosse Plattform

Durch das Programm erhält die Partei Nachwuchskräfte, die auf einem vergleichbaren Level ausgebildet sind. Die Mentees erhalten auch die Gelegenheit, aktiv bei den Kampagnen, Wahlkämpfen oder bei der Parteikommunikation mitzuwirken. So können sie ihre Ideen und ihr Engagement einbringen und erhalten eine wertvolle Plattform in ihrer Region oder sogar der ganzen Schweiz. Gleichzeitig helfen sie mit, wichtige Inhalte der FDP hinaus in die Kantone und Ortsparteien zu tragen.

Die Ausschreibung startet Anfang Februar – die Kantonalparteien und die FDP Schweiz freuen sich auf zahlreiche Bewerbungen. Für weitere Informationen können Sie sich gerne an Ihre Kantonalpartei oder direkt an die FDP Schweiz wenden.

Anforderungen

- › Politisch aktiv auf kommunaler (Bachelor) oder kantonomer Ebene (Master)
- › Ab 18 Jahre
- › Ausserordentliches politisches Interesse
- › Ehrgeiz, Zielstrebigkeit
- › Bereitschaft, während 2 Jahren grosses persönliches Engagement zu leisten
- › Grosse Flexibilität mitbringen; viele Anfragen sind kurzfristig

Ja zur AHV-Steuervorlage

Standortattraktivität der Schweiz verbessern

Ein weiteres Hinauszögern einer Reform der Unternehmenssteuern wäre sehr riskant, denn es würde die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz und viele Arbeitsplätze gefährden. Die AHV-Steuervorlage sichert einen starken Standort Schweiz und gibt den Unternehmen die dringend benötigte Rechts- und Planungssicherheit.

Eines ist nach dieser Legislatur klar: Grosse Würfe sind dem Parlament nicht gelungen. In den Medien war nach dem Scheitern der Unternehmenssteuerreform III und der Reform Altersvorsorge bereits von einer verlorenen Legislatur die Rede. Doch deswegen die Segel streichen dürfen wir nicht – das Problem der international nicht mehr akzeptierten Steuerregimes besteht noch immer und kann mit einer Annahme der AHV-Steuerreform gelöst werden. Eine rasche Lösung ist noch wichtiger geworden. Ein weiteres Hinauszögern ist unweigerlich mit unverantwortlichen Risiken verbunden – kommt die Schweiz von der grauen auf die schwarze Liste der Steuerländer, steht die

Standortattraktivität der Schweiz auf dem Spiel. Dieses Risiko ist für die international vernetzte Schweiz und die mit ihr verbundenen Arbeitsplätze nicht tragbar. Nur eine zeitnahe Reform stellt sicher, dass die Schweiz auch in Zukunft einer der wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsstandorte bleibt und so weiterhin zu den attraktivsten und innovativsten Ländern der Welt gehört. Die AHV-Steuerreform ist deshalb eine Chance, zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Während sie zum einen international nicht mehr akzeptierte Steuerregimes abschafft und damit einen reinen Tisch macht, entwickelt sie zum anderen international unbestrittene Regelungen weiter, sodass die Schweiz auch wei-

terhin ein attraktiver Steuer-, Forschungs- und Arbeitsplatz bleibt. Mit dieser Reform erhalten alle Unternehmen Rechts- und Planungssicherheit. Ermöglichen wir also eine geordnete Standortverbes-



Ruedi Noser

serung, welche im Unterschied zur Unternehmenssteuerreform III sozial abgedeckt ist, und sagen Ja zur AHV-Steuervorlage.

Ruedi Noser, Ständerat ZH

Abstimmungen

Das Waffengesetz – was steckt dahinter?

Aufgrund verschiedener Terroranschläge in Europa und deren länderübergreifender Kriminalität haben die Schengen-Staaten beschlossen, die Waffengesetzgebung im Schengen-Raum anzupassen.

Der illegale Waffenhandel soll besser bekämpft und die Rückverfolgbarkeit von Teilen halbautomatischer Waffen besser gewährleistet werden. Auch der polizeiliche Informationsaustausch zwischen den Schengen-Staaten soll optimiert werden. Als Schengen Mitglied hat auch die Schweiz ihr Waffenrecht weiterentwickelt. Gegen dieses Gesetz wurde das Referendum ergriffen.

Beim Waffengesetz umstritten ist die verschärfte Bedingung für den Erwerb und den Besitz halbautomatischer Waffen. Diese Waffen gelten neu als verboten. Eine Ausnahme vom Verbot bildet die von der Armee übernommene Armeewaffe. Obwohl die Armeewaffe zu den halbautomatischen Gewehren gehört, wurde sie vom Gesetz ausgenommen. Ein Sturmgewehr, das der Armeegehörige nach dem Ende der Dienstzeit übernimmt, fällt daher nicht in die Kategorie der verbotenen Waffen. Für den Schützen, der mit seiner Armeewaffe trainiert, ergeben sich folglich keine Änderungen. Erst bei einem Weiterverkauf braucht es eine Bewilli-

gung für den neuen Käufer. Mit dem neuen Waffengesetz wird zudem von Sammlern und Museen verlangt, dass ihre halbautomatischen Waffen sicher aufbewahrt werden.

Minimale Änderungen

Somit ist klar: das befürchtete Ausmass der Änderung des Waffengesetzes hält sich in engen Grenzen, mit welchen gezielt die Sicherheit verbessert werden soll. Zudem sichern wir mit dem Waffengesetz unsere Schengen-Mitgliedschaft, die für die innere Sicherheit der Schweiz absolut zentral ist. Diese wären mit dem automatischen Austritt aus Schengen verloren, wenn die Schweiz ihr Waffengesetz nicht anpasst.

Corina Eichenberger
Nationalrätin AG



Nach einer interessanten Podiumsdiskussion (von links: NR Corina Eichenberger, NR Philippe Nantermont, NR Jean-Luc Addor) sprachen sich die FDP-Delegierten deutlich für ein Ja zur Waffenrichtlinie aus.



Bauzonen nicht einfrieren

Nein zur Zersiedelungs-Initiative

Die Grünen wollen mit der Zersiedelungs-Initiative Bauzonen ohne jegliche zeitliche Beschränkung einfrieren. In populistischer Manier stellen sie sich als «wir gegen alle» im Kampf für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung dar. Dabei ist völlig klar, dass wir mit unserem Boden haushälterisch umgehen müssen und dass das nicht nur ein Anliegen der Grünen ist. In der Raumplanung braucht es einen vernünftigen Spielraum – die radikale Zersiedelungs-Initiative ist daher abzulehnen.

Wer ökonomisch denkt, denkt auch ökologisch – selbstverständlich auch in der Raumplanung. Die Zersiedelungs-Initiative liefert keine Antworten auf deren Probleme. Im Gegenteil, die Initiative schränkt den Handlungsspielraum der Kantone ein, um wirksam gegen die Zersiedelung vorzugehen und auf gesellschaftliche oder wirtschaftliche Entwicklungen der Zukunft zu reagieren. Der Bundesrat wie auch das Parlament empfehlen die Initiative deshalb deutlich zur Ablehnung.

Raumplanung als Wahlkampf

Die eidgenössische Volksinitiative «Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwick-

lung», auch einfach Zersiedelungs-Initiative genannt, kommt am 10. Februar 2019 zur Volksabstimmung. Artikel 75 der Bundesverfassung soll um vier Absätze erweitert werden und erreichen, dass die Bauzonen in der Schweiz nicht mehr weiter zunehmen, respektive es soll nur eine neue Bauzone geben, wenn mindestens eine gleich grosse Fläche mit vergleichbarer Bodenqualität ausgezont wird. Hinzu kommen Bestimmungen zur Siedlungsverdichtung und zur staatlichen Förderung «nachhaltiger» Quartiere. Damit wird klar: Es geht den Grünen darum, das zukünftige Wohnen zentralistisch zu lenken und den Handlungsspielraum der Kantone und Gemeinden einzuschränken. Es geht

den Initianten aber hauptsächlich um Wahlkampf. In einem Strohfeuer der Unwahrheiten positionieren sie sich als einzige Kraft, die etwas gegen die Zersiedelung unternimmt.

Raumplanungsgesetz wirkt

Die eidgenössischen Räte haben 2012 eine Revision des Raumplanungsgesetzes beschlossen. Die strengen Massnahmen, die es enthält, wurden in einer Volksabstimmung bestätigt und sind am 1. Mai 2014 in Kraft getreten. Die Folgen dieser Regulierung zeigen bereits erste Effekte: Die Bauzonenfläche pro Kopf nimmt dank der Siedlungsentwicklung nach innen und einer effizienteren Flächennutzung ab. Auch die am 11. März 2012 vom Volk angenommene Zweitwohnungsinitiative hat einen dämpfenden Effekt auf die Zersiedelung. Die Bautätigkeit ist deshalb in den Gebieten mit hohem Zweitwohnungsanteil – speziell in den touristischen Berggebieten – rückläufig. Die Behauptungen der Grünen, wir hätten ein Raumplanungschaos und die bisherigen Massnahmen mit den überarbeiteten kantonalen Richtplänen und den angepassten kantonalen Planungs- und Baugesetzen zeigten keine Wirkung, sind klar falsch.

Spielraum bewahren

Heute lässt sich kaum abschätzen, wie die räumlichen Bedürfnisse in einem digitalisierten Zeitalter aussehen werden. Es braucht gerade in der Raumplanung eine gewisse Flexibilität. Eine Güterabwägung muss immer möglich sein. Denn es ist offen, wie sich Mobilität, Logistik, Industrie, Dienstleistungen, Wohnformen u.Ä. entwickeln und welche Raumbedürfnisse sie haben werden. Ein Nein zur Zersiedelungs-Initiative bedeutet, sich in der Raumplanung einen vernünftigen Spielraum zugunsten der in unserem Land wohnenden und arbeitenden Menschen zu bewahren.

Hansjörg Brunner,
Nationalrat TG

Befürworter

Grüne, JUSO, Alternative Linke Bern, SP und Umweltorganisationen

Gegner

FDP, Jungfreisinnige, SVP, CVP, BDP, grünliberale, Schweizerischer Gewerbeverband, Baumeisterverband, Centre Patronal, Economiesuisse, Schweizer Bauernverband, Hotelleriesuisse, Versicherungsverband, Hauseigentümerverband, Fédération romande immobilière, Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Berggebiete

Meinungsmacher

FDP-Newsletter



Unser monatlicher FDP-Newsletter «Meinungsmacher» liefert Ihnen die neusten Blogs der FDP-Parlamentarier, Informationen zu den wichtigsten politischen Geschäften und News aus der Presse und den sozialen Medien. Bleiben Sie auf dem Laufenden und seien Sie hautnah dabei! Abonnieren Sie unseren Meinungsmacher.

<https://www.fdp.ch/aktuell/newsletter/newsletter-anmelden/>

Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



NEIN

10. FEBRUAR

Volksinitiative «Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung (Zersiedelungsinitiative)»



JA

19. MAI

Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF)



JA

19. MAI

Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands.
Änderung der EU-Waffenrichtlinie

AGENDA

1. bis 3. Februar

Wahlkampf-Trainingscamp (Aarau)
und 125-Jahr-Jubiläumsfeier der FDP (Olten)

10. Februar

Eidgenössische Volksabstimmung

4. Mai

Delegiertenversammlung in St. Gallen

19. Mai

Eidgenössische Volksabstimmung

22. Juni

Delegiertenversammlung im Kanton Zürich

31. August

Tag der FDP in Aarau

Überflüssig
& unnütz!

Radikale
Zersiedelungs-Initiative
NEIN

www.radikale-zersiedelungs-initiative-nein.ch

Herausgeberin / Redaktion / Inserate:

FDP.Die Liberalen | Postfach | 3001 Bern

T: 031 320 35 35 | F: 031 320 35 00

E: info@fdp.ch | www.fdp.ch

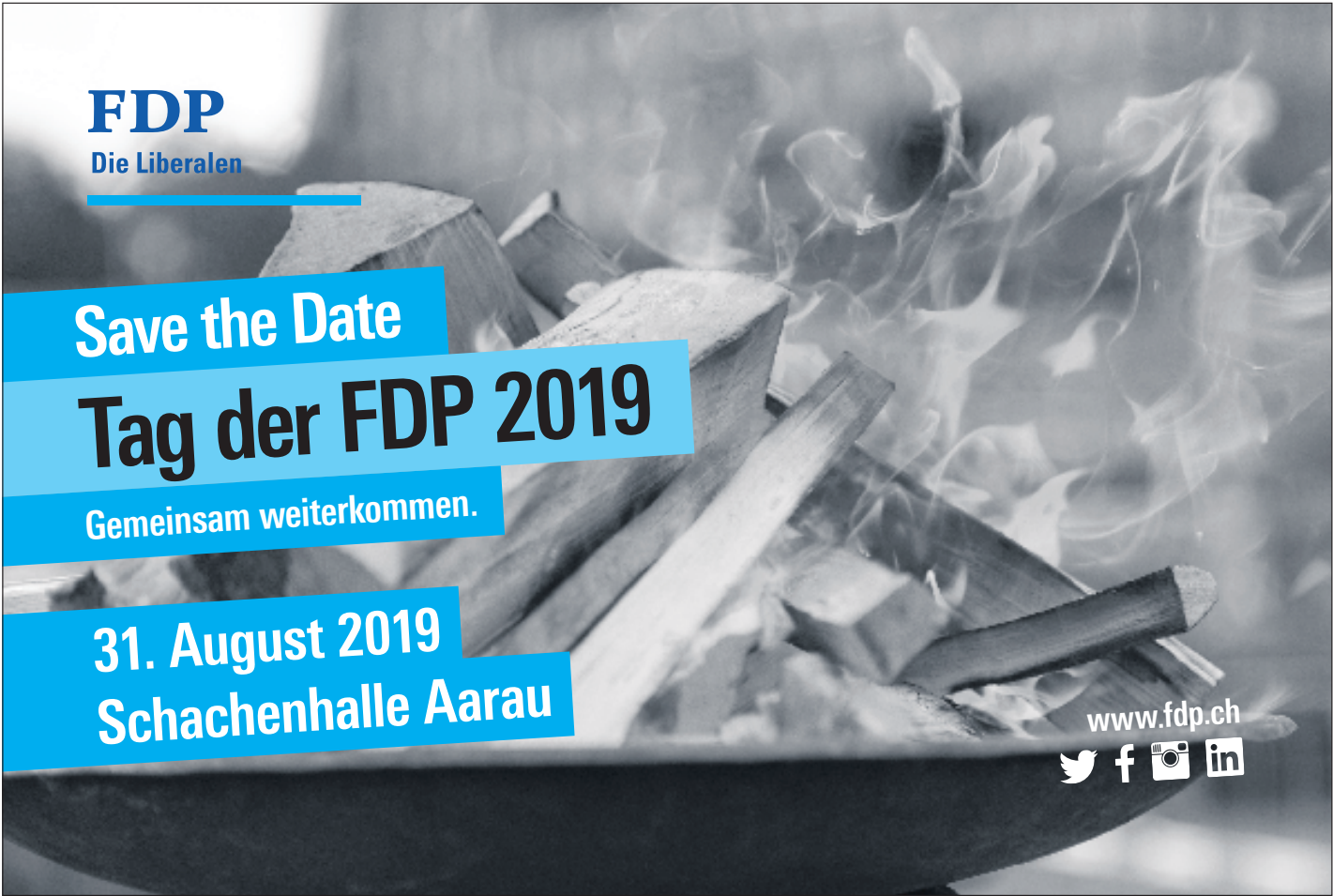
Layout:

LZ Print | E: kontakt@lzprint.ch

Druck:

NZZ Media Services AG

T: 071 272 72 06 | E: print@nzz.ch



FDP
Die Liberalen

Save the Date

Tag der FDP 2019

Gemeinsam weiterkommen.

31. August 2019
Schachenhalle Aarau

www.fdp.ch



Save the Date

Urban Innovation Day II

Die Smart City Konferenz für Schweizer und internationale Startups

**KRAFTWERK
ZÜRICH**

**12. APRIL
(GANZTÄGIG)**